

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestimmungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgelaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Preussens Gewerbeaufsicht.

II.

Wir sprachen im vorigen I. Artikel von der Revision derjenigen Betriebe, die nicht zu den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen gehören, die aber auf Grund der nach § 120a der Gewerbe-Ordnung vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen besonders zu überwachen waren. Es fehlt im preussischen Bericht eine Uebersicht über die im ganzen Lande vorgenommenen Revisionen dieser Art vollständig. Obwohl dies schon im Vorjahre von unserer Seite im Reichstage gerügt wurde, hielt die preussische Regierung es wiederum nicht für notwendig, eine solche Uebersicht zu geben. Vielleicht geschieht dies — aus Schamgefühl, denn die Resultate dieser Revisionen sind geradezu eine Vanfrotterklärung der Gewerbe-Aufsicht.

Wir haben die von den einzelnen Aufsichtsbezirken mitgeteilten Listen zusammengestellt und folgende den Spott herausfordernde Summen erhalten:

Von den 786 Buchdruckereien wurden 351 = 45 Proz. revidiert, von den 2116 Steinbrüchen und Steinhauereien 889 = 40 Proz., von den 500 Wärfen- und Pinselabriken 121 = 24 Proz. und von den 31098 kleinen Bäckereien und Konditoreien gar nur 5202 = 17 Proz., außerdem von den 1734 größeren Bäckereien, die den Fabriken gleichgestellt sind, noch 883 = 41 Proz.!

Trotz der notorisch oft so widerlichen, dem Gesetz höhnsprechenden Zustände, die namentlich in den kleineren Bäckereien herrschen, wurden nur 17 Proz. revidiert! Ist es da nicht selbstverständlich, daß die Meister auf das Gesetz pfeifen und die Gesellen so schamlos sind wie früher, falls sie es nicht durch die Kraft ihrer Organisation mühselig durchsetzen, daß auch nur das höchste bestiegene Schutzesetz von den Meistern respektiert wird?

Die Gewerbeaufsichtsbeamten trifft kein Vorwurf. Sie sind derart mit Arbeiten überlastet, daß sie schon die geringsten Resultate, die sie erzielen, nur unter Ueberanstrengung erreichen können! Das sagen sie allerdings nicht, nein, dazu sind sie zu gut erzogen! Sächsisch-Preussische Beamten haben sich öfter in den Berichten beschwert, daß sie die ihnen auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllen können. Die preussischen aber dürfen sich keine „Sentiments“ erlauben! Sie können nur die Listen zusammenstellen, aus denen sich ihre Arbeitslast ergibt, und all die Nebenbeschäftigungen aufzählen, die ihnen auferlegt sind. Neben den 124 899 Revisionen hatten die preussischen Beamten noch 19 393 Unfalluntersuchungen zu erledigen, ferner ein paar tausend Revisionen von Gast- und Schankwirtschaften, die aber nur wenige Prozent der revidierungspflichtigen ausmachten, und ferner kleinerer Gigarenternehmen, die aber ebenfalls nur in verschwindendem Maße besucht werden konnten. Eine zusammenfassende Uebersicht über diese Nacht-Aufsicht zu geben, hätte sich die Regierung.

Dazu kommt für die Beamten die nicht geringe Menge Schreibarbeit in den Büros — kurz, es darf die Arbeiter nicht wunder nehmen, daß sie revidierende Beamte nur sehr flüchtig und so selten zu sehen bekommen! Die dreifache Zahl wäre mindestens erforderlich, wenn alle Aufgaben mit gehöriger Ruhe und Gründlichkeit erfüllt werden sollten, denn den allermeisten Betrieben läte es not, daß sie mehr als einmal jährlich revidiert werden.

Nur durch eine Aufgabe werden die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht sehr in Anspruch genommen und das ist die Materie in den Sprechstunden. Diese werden von den Arbeitern in sehr geringem Umfange besucht, öfter noch von Unternehmern, welche die Gelegenheit benutzen, sich gratis Rat in Betriebsfragen zu holen.

Daß die Arbeiter fernbleiben geschieht nicht aus persönlichem Mißtrauen der Arbeiter gegen die Gewerbeaufsichtsbeamten. Anfangs war auch solches vorhanden und die Arbeiter wandten sich schon aus diesem Grunde zunächst an unsere Parteipresse oder an die Gewerkschaften und Arbeitersekretariate. Von unserer Seite ist den Arbeitern stets empfohlen worden, falls sie sich aus irgendwelchen Bedenken nicht persönlich an den Gewerbeaufsichtsbeamten wenden wollen, ihre Beschwerden den Vertrauenspersonen aus ihren Kreisen, den Gewerkschaftsvorsitzenden, den Arbeitersekretären oder den Parteiblattredakteuren mitzuteilen, die dann für Uebersmittlung an die Gewerbe-Aufsicht sorgen.

Das ist auch geschehen — und nachdem anfänglich die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sich freudig, von „fremden Personen“ Mitteilungen entgegenzunehmen und ausdrücklich verlangten, daß die Beschwerdeführer selber kommen, haben sich schließlich die Beamten zufrieden gegeben, durch Vermittelung der Arbeiter-Organisationen Nachrichten zu erhalten.

Trotzdem aber ist die Zahl der bei den Beamten eingegangenen Beschwerden nicht derartig gewachsen, wie es entsprechend den tatsächlichen in so vielen Betrieben herrschenden Mißständen der Fall sein müßte. Woran das liegt? Es ist nicht allein der Indifferentismus mancher Arbeiter, die teils nicht wissen, welche Forderungen sie zu stellen schon heute gesetzlich berechtigt sind, teils den Wert namentlich gesundheitlicher Vorbeugungsmaßnahmen unterschätzen. Ohne Zweifel ist ihre Zahl trotz der dankenswerten Bemühungen der Gewerkschaften, durch Vorträge und Artikel in der Parteipresse die so nötige Aufklärung zu schaffen, nicht unbedeutend, namentlich gehören die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu denen, die sich sozusagen alles gefallen lassen.

Diese beklagenswerte Gleichgültigkeit ist aber nicht, wie schon erwähnt, die alleinige Ursache. Weit ausschlaggebender ist, daß die

Arbeiter und gerade die aufgefärbten sehen, wie selten, ja meistens gar nicht ihre Beschwerden von Erfolg begleitet sind außer — dem einen, daß die Unternehmer solange von den Leiden in jedem Betriebe vorhandenen Spiegeln und Strebern wie von den Aufsehern herumpasionieren lassen, bis endlich ist, von wem die Beschwerde ausging — und diese Arbeiter werden dann entlassen und von den Unternehmern des Ortes geächtet. Auch doch der Beamte für Krensborg sogar zugeben, daß auch „das Verfahren vor dem Gewerbegericht für den Arbeiter sowohl im obliegenden wie im entgegengesetzten Falle lediglich Nachteile habe. Wenn der Arbeiter der obliegende Teil sei, so würde er in der Regel bei nächster Gelegenheit entlassen und fände dann an dem nämlichen Orte nur sehr selten auf neue Arbeit. Ähnlich verhalte es sich, wenn der Arbeiter im Verfahren unterliege; in diesem Falle verlasse der Arbeiter seine Arbeitsstelle und eine neue finde er am Orte selten wieder.

Es sind eben die als naturnotwendige Folge der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung sich verschärfenden Klassengegensätze, die das Unternehmertum zu immer hartnäckigerem Trotz und Machtgebrauch gegen die Arbeiter anspornen. Jeder kleine Kräuter, der ein paar Gesellen ausbeutet, betrachtet seine Stellung als „Herr im Hause“ gefährdet, wenn die Gewerbeaufsicht auf Grund von Anzeigen der Arbeiter einschreitet. Ja, es sind sogar gerade die kleineren und mittleren Betriebe, in denen diese Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter und dem für Arbeiterinteressen eintretenden Gewerbeaufsichtsbeamten am schärfsten aufeinanderprallen. Aus Potsdam, Posen, Gildesheim, Minden, Aöln, Trier, Aachen melden die Berichte Zusammenstöße zwischen Gewerbeaufsicht und Unternehmern, die erst durch wiederholte Bestrafungen dazu gebracht werden können, den Anordnungen des Aufsichtsbeamten Folge zu leisten. Aus Aöln berichtet Gewerberat Trilling:

„Die Bereitwilligkeit der Gewerbetreibenden, den bei der Gewerbeaufsicht gegebenen Anregungen Rechnung zu tragen, war geringer als sonst. Zumeist ist dies als ein wenig erfreulicher Ausfluß des in den Kreisen der Gewerbetreibenden und der gewerblichen Arbeiter sich vollziehenden Zusammenschlusses zu Sach- und Interesserverbänden zu betrachten. Bei dieser Gestaltung der Verhältnisse konnte die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften nicht immer im Wege gütlicher Einwirkung herbeigeführt werden, und häufiger als in den Vorjahren mußte zum Erlasse polizeilicher Verfügungen geschritten werden.“

Man bedenke, wie arg es bergehen muß, wenn preussische Aufsichtsbeamte, die laut Dienstanweisung den Unternehmern ja nicht wehe tun und immer wieder in Güte auf sie einwirken sollen, mit solcher Entschiedenheit vorgehen!

Freilich diese Entschiedenheit ist nicht ganz so schlimm wie sie aussieht. Die Polizeistrafen sind nach wie vor lächerlich gering und die Gerichte in gleicher Weise voll Milde und Nachsicht — gegen die Unternehmer. In früheren Jahren haben sich hin und wieder sogar einzelne Gewerbeaufsichtsbeamten über diese milden Berichte beschwert. Jetzt kommt das nicht mehr vor — aber nicht etwa weil die Gerichte energischer zum Schutz der Arbeiter gegen die Unternehmer einschreiten, sondern weil die Beamten teils nichts sagen dürfen — vergleiche Möllers Horn über die „Käsemonente“ — teils weil sie auch gar nicht darüber erfahren, welche Urteile die Gerichte ausgesprochen haben. Mitteilungen über die Erfolge ihrer Anzeigen finden sich in den Berichten der Aufsichtsbeamten nur ganz vereinzelt, obwohl im Reichstage wiederholt verlangt wurde, es sollte eine genaue Uebersicht über Anzeigen und Bestrafungen gegeben werden. Aber die im Vorjahre vom Reichsjustizamt mitgeteilten kümmerlichen Resultate des gerichtlichen Einschreitens, jene Strafen von 3 und 5 und 10 M. gegen wiederholt die Arbeiterschutzgesetze mißachtende Unternehmer, genügen zum Zwecke dafür, wie Frau Justitia nach alter Gepflogenheit mit der herrschenden Klasse ein Herz und eine Seele ist.

So muß denn Jahr für Jahr jede auf die Interessen der Arbeiter bedachte Kritik der preussischen Gewerbeaufsicht feststellen, daß sie an und für sich unzureichend gegenüber der mächtig fortschreitenden industriellen Entwicklung Preussens immer mehr hinter dieser zurückbleibt, daß sie an Beamtenzahl viel zu schwach ist, um auch nur die allernotwendigsten Nachforschungen anstellen zu können, und daß sie Unterstützung bei den Gerichten keineswegs findet, sondern eher durch die milden Urteile noch geschädigt wird, da sich die Unternehmer fragen: die Gefahr, bei Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze erwischt zu werden, ist für uns sehr gering, die Strafe, falls wir erwischt werden, ebenso gering, folglich ist es ein besseres Geschäft abzuwarten, ob wir erwischt und ob und wie wir bestraft werden, als Ausgaben für die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen zu machen oder uns in der Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter durch einen ja nur auf dem Papier stehenden Maximalarbeitstag einschränken zu lassen.

Auch auf diesem Gebiete können die Arbeiter sagen, daß nur sie selber sich zu helfen im stande sind. Nur indem sie immer größere politische Macht ertingen, können sie die Gesetzgebung zugunsten des Arbeiterschutzes ausgestalten und durch wirksame Kontrolle, die nur unter Hinzuziehung von Arbeitern zu erreichen ist, die Durchführung der Gesetze sichern. Und nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen sind sie imstande, den Unternehmertrug zu brechen, der sich sogar erdreistet, Arbeiter brotlos zu machen, die pflichtgemäß der Gewerbeaufsicht mitteilen, wie an Gefundheit und Leben gebrevelt wird. Die preussische Gewerbeaufsicht bietet den Arbeitern nicht den ihnen durch das Gesetz versprochenen Schutz. Sie ist eben ein getrenntes Kind des Dreiklassen-Landtags.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juli.

Jeder Zoll ein Ruffenfürst!

Die Kuchtritherrschaft, welche in Rußland den unterwürfigen Ruffen jetzt zur Empörung reizt, wollte Fürst Kotschubey auch in Deutschland experimentieren. Jetzt findet der Dresdener Fall, der Ende vorigen Jahres allgemein Erregung hervorrief und schließlich den „Simplicissimus“-Prozess in Stuttgart herbeiführte, ein ebenso russisches Nachspiel.

Fürst Leon Kotschubey hatte im Dresdener Hotel Europäischer Hof Aufenthalt genommen. Eines Abends verlangte er Zeitungen. Unter den ihm vom Portier gebrachten Blättern befand sich zufälligerweise auch der „Simplicissimus“, dessen Vorderseite eine Satire auf die russischen Zustände enthielt. Hierüber ergrimmte der Fürst derart, daß er sich an dem Hotelportier Möller vergriß. Er mißhandelte den Mann mit Fußtritten, daß derselbe sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Gemißhandelte war lange Zeit bedenklich erkrankt und verlor infolgedessen auch seine Stellung. Der edle Ruffenfürst wurde dann wegen gefährlicher Körperverletzung unter Anklage gestellt und vom Dresdener Schöffengericht zu der lächerlichen Strafe von 1000 M. verurteilt, welches Urteil dann später den erwähnten „Simplicissimus“-Prozess hervorrief, in dem die sächsische Justiz die schwerste Niederlage erlitt. Und wahrlich, man stelle sich vor, nicht Fürst Kotschubey hätte den Portier Möller, sondern der Portier Möller hätte den Fürsten Kotschubey mit Fußtritten gemißhandelt, was wäre mit dem Mann geschehen! Er wäre auf der Stelle verhaftet und mit langer Gefängnisstrafe bestraft worden. Man kann sich ausmalen, wie ein sächsisches Gericht die Begründung eines solchen Urteils geleistet hätte: Der Angeklagte hat einen Fürsten, der ein Verwandter des Jaren selbst ist, der auf deutschem Boden Gastfreundschaft suchte, frechhaft überfallen und schwer mißhandelt. — Genug, der Fürst, der den Portier mißhandelte, wurde mit einer Geldstrafe belegt, die etwa der Summe entspricht, die der hohe Herr an jedem Tage des Jahres auszugeben pflegt.

Nun sollte man glauben, daß der edle Fürst sich zum mindesten der elementarsten Pflicht der Menschlichkeit bewußt gewesen wäre, daß er ungesäumt den Mann, den er schwer verletzt hat, schadlos halten würde. Nichts davon! Er verzog sich über die Grenze und verweigert dem Mißhandelten jeden Schadenersatz! Möller, der eine Familie zu ernähren hat, hat anscheinend ein Leiden davon getragen, das ihn zeitweilig nicht mehr verlassen wird. Der Fußtritt des Fürsten Kotschubey hat die schlimmsten Folgen hinterlassen. Daher hat Möller gegen den russischen Fürsten eine Klage auf Zahlung einer jährlichen Rente in Höhe von 2000 M. bei dem Landgericht Dresden anhängig gemacht. Es haben in der Angelegenheit bereits mehrere Verhandlungstermine stattgefunden, doch wird die Entscheidung erst nach Ablauf der Gerichtsferien erfolgen. Noch liegt beim Gericht eine Kautionssumme von 10000 M., gegen die der Herr Fürst seinerzeit auf freiem Fuße belassen worden war. In diese Summe könnte sich der Mißhandelte halten, wenn, was unzweifelhaft ist, das Landgericht seine Ansprüche befährt. Ueber diese Summe hinaus wird es schwer möglich sein, den Fürsten Kotschubey zum Ersatz des körperlichen Schadens, den seine Brutalität angerichtet hat, heranzuziehen.

Die Schurkerei, die Rußland beherrscht, wird durch den schamlosen Vorgang dem deutschen Volke unmittelbar nahe gebracht. Das ist das freundschaftliche Regiment, für dessen Opfer Spenden zu sammeln die deutsche Reaktion als Hochverrat ausgibt. Es ist Hochverrat an der Menschlichkeit, jene verlotterte Barbarenbrut zu schützen! —

Ruhstrat bleibt!

Die ministeriellen „Oldenburger Nachrichten“ melden, daß Minister Ruhstrat an eine Demission nicht denke. Freiwillig will also der Protektor des Oldenburger Spielertreibens nicht gehen. Und gegangen werden wird er auch nicht. Läßt sich doch ein Blatt aus Oldenburg telegraphieren, daß der Großherzog den Pöser-Minister drahtlich seines unveränderten Vertrauens versichert habe!

Wir würden die Unwahrheit sagen, wenn wir behaupten wollten, wir hätten diesen Ausgang des neuesten Ruhstrat-Prozesses erwartet. Nichtsdestotrotz haben wir nicht die geringste Ursache, mit diesem Ausgang unzufrieden zu sein. Vamentieren mag die bürgerliche Presse, die bemüht war, durch das Preisgeben eines Sündenbodes die Aufmerksamkeit von den hier liegenden Symptomen kapitalistischer Rechtspflege abzuziehen.

Uebrigens muß doch festgestellt werden, daß selbst die „Kreuz-Zeitung“ es nicht für rätlich hielt, ihre Bedenken über die allgemeinen Korruptionserscheinungen zurückzuhalten. Sie schrieb:

„Allerdings habe der Prozess Tatzfaden sehr bedenklicher Art ans Licht gebracht. Ein früherer Staatsanwalt und jetziger Justizminister sollte sich nicht auf Verjährung berufen dürfen, wenn ihm Verfehlungen nachgewiesen werden, zu deren strafrechtlicher Verfolgung er während der Zeit der Tat selbst verpflichtet gewesen wäre. Wer von einer Leidenschaft wie der des Spieles beherrscht ist, erscheint vom menschlichen Standpunkte

aus bemitleidenswert und kann schon deshalb, wenn sein pathologischer Zustand bekannt wird, eine autoritative Stellung im Polizeidienst nicht mehr mit dem moralischen Erfolge beladen, wie ein intakter Beamter. Wenn er nun gar zur Leitung des Justizreferats ausersehen wird und selbst seinem Souveräne Staatsanwälte und Richter vorzusprechen hat, erfordert die salus publica, daß er aus dem offenbar gewordenen Gegensatz zwischen seinem eigenen früheren Verhalten und dem von ihm zu schuldigenden Gesetze alsbald schweigend die Konsequenzen zieht. Statt dessen haben wir eine Reihe von Beleidigungsprozessen erlebt, in denen dann die dem Justizminister unterstehenden Justizbeamten nicht die absolute sachliche Unbefangtheit gezeigt zu haben scheinen, die von ihnen verlangt werden muß. Nur so konnte der Prozeß Meyer entstehen, nur so sich die Notwendigkeit herausstellen, diesen Prozeß in einem anderen Bundesstaate verhandeln zu lassen. Und nun zeigte sich der Minister in seinen Aussagen wiederum so schwankend, daß der Verteidiger ihn als klaffenden Zeugen nicht gelten lassen wollte. Und bestätigt wurde, daß in Oldenburg unter den angehenden Richtern — wenigstens in den neunziger Jahren — eine Spielwut grassiert hat, die überaus bedenklich stimmen muß. Wenn in Berlin Kaufleute einen Spielclub gründen und sich gegenseitig das Geld abgeben, sich wohl auch ruinieren, so ist das sehr bedauerlich; aber sie sind immerhin Privatleute, die nur für sich und ihre Familien aufzukommen haben. Wenn aber Beamte, richterliche Beamte sogar in größerer Zahl, dem Glücksspiele verfallen, dann bedeutet das eine ernste Gefahr für den Staat. In diesem Sinne sind die Nubstrat-Prozesse Warnungssignale, deren Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann.

Die „Warnungssignale“ werden in Oldenburg noch immer in den Wind geschlagen. Ob man sie in den anderen Vaterländern beachten wird?!

Auch die „Volks-Ztg.“ fügt ihrer früheren Bemerkung zum Fall Nubstrat noch folgende Betrachtungen über die Oldenburgische Rechtspflege hinzu:

Nicht vorübergehen darf man aber an einer Erscheinung, die ein besonderes Oldenburgisches Merkmal zu sein scheint, an der eigenartigen Verquickung zwischen dem „Tempel“ am Spielplatz und dem Tempel der Justiz. Vor dem Schöffengericht in Wüdeburg hat einer der Verteidiger festgestellt, daß in der vielbesprochenen Verhandlung des Schwereit-Prozesses von den fünf Richtern, die in dieser Strafsammer drei sich am Spiel in Oldenburgiger Spielstätten beteiligt hatten. Rest nicht ferner, daß ebenso der als Staatsanwalt in dieser Verhandlung fungierende Dr. Fimmen, sowie der Hauptbelastungszeuge Minister Nubstrat und dessen Rechtsbeistand Dr. Wiffner am Spiel teilgenommen haben. Von acht Juristen, die in dieser Verhandlung tätig gewesen sind, waren mithin sechs am Spiele beteiligt, das sind 75 Prozent. Fürwahr eine achtbare Leistung. Diesen Rekord wird sicherlich kein Land der Erde dem deutschen Bundesstaate Oldenburg streitig machen können. Die Richter werden dafür vom Staate bezahlt, daß sie die Ausführung der Gesetze überwachen; diese Richter, die in Oldenburg geübt haben, wußten von der strafbaren Handlung, deren sich der Wirt schuldig machte, indem er Glücksspiele in seinem Lokale duldete, sie haben sogar daran teilgenommen, und sie haben womöglich den Wirt zu der strafbaren Handlung verleitet. Einem Wirt hat so gar ein Kreis von Spielern, zu dem der Staatsanwalt Dr. Fimmen und der Rechtsanwalt Wiffner gehörten, v. „propheten“ er würde ihn schadlos halten, wenn ihm durch die Duldung der „lustigen Sieben“ Unannehmlichkeiten erwachsen. Der Wirt wurde zur Anzeige gebracht, und die Herren Juristen ließen ihn in der Patzschützen; er mußte, da er sein Lokal zu der von der Polizei festgesetzten Stunde zu schließen hatte, sein Geschäft aufgeben.

Auf diese Weise kommen also hohe Oldenburgische Justizbeamte ihrer Pflicht nach über Recht und Gesetz zu wachen, indem sie selbst die Gesetze nicht beachten und andere zu ihrer Uebertretung verleiten. Es ist dringend notwendig, daß auch diese eigenartigen Oldenburgischen Zustände im Reichstage eingehend zur Sprache gebracht werden.

Da Nubstrat selbst nach wie vor höchster Hüter der oldenburgischen Rechtspflege — nebenbei auch noch als Kultusminister die oberste Säule der dem Volke zu erhaltenden Religion — bleiben wird, ist es natürlich ganz ausgeschlossen, daß den übrigen Justizbeamten auch nur ein Haar gekrümmt wird! —

Ferner wird aus Oldenburg gemeldet, daß die großherzogliche Staatsanwaltschaft definitiv beschlossen habe, gegen das Urteil des Wüdeburger Schwurgerichts Revision nicht einzulegen. Man fürchtet offenbar noch weitere, unangenehmere Enthüllungen und wünscht, daß über den Oldenburgischen Justizskandal möglichst bald Gras wächst. —

#### Die Ersatzwahl in Offen.

Offen, 17. Juli. In unserer Wahlkreise haben nun die Wahlvorbereitungen auf der ganzen Linie begonnen. Der Wahlkampf ist von unserer Seite eingeleitet worden durch eine gewaltige Versammlung. 6000 Personen strömten in das für das Arbeiterjüngerkampfbau festgestellte Genosse Paul Singer war aus Berlin erschienen, um der Wahlbewegung die ersten kräftigen Impulse zu geben. Die Versammlung nahm einen wahrhaft imposanten Verlauf. Singer beleuchtete in seinem großzügigen Vortrage zunächst die Methode unserer Gegner, durch Heranziehung kleinster persönlicher Angelegenheiten die großen Fragen der Politik zu verumfalten. Als er die niedrigen Angriffe der Gegner auf seine Person besprach und darauf hinwies, daß er bereits vierzig Jahre im Kampfe für die arbeitenden Klassen sitze und glaube, stets voll und ganz seine Schuldigkeit getan zu haben, da antwortete ihm laute demonstrative Zustimmung aus der ganzen Versammlung. Singer behandelte dann alle wichtigen aktuellen Fragen der gegenwärtigen politischen Situation. Insbesondere rechnet er gründlich mit dem Zentrum ab. Die Versammlung bekräftigte dann ihre Ueberzeugungen in der folgenden Resolution:

„Die heutige von circa 6000 Personen besuchte Volksversammlung erklärt ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Singer und des Reichstagsabgeordneten W. Gewehr und spricht der sozialdemokratischen Fraktion für ihr Eintreten für die Arbeiterinteressen ihr volles Vertrauen aus. Den Kandidaten der bürgerlichen Parteien, Giebberts, Niemeier und Behrens kann die Versammlung kein Vertrauen entgegenbringen, weil keine dieser Parteien imstande ist, die wahren Arbeiterinteressen zu vertreten. Die Versammlung erblickt in der bisherigen Vertretung durch das Zentrum eine Stärkung der bisherigen völkischheidigen Politik der herrschenden Klasse und eine Gefährdung der Kulturinteressen des gesamten Volkes. Insbesondere verurteilt die heutige Versammlung die arbeitgeberverfeindliche Haltung des Zentrums bei der Vergewaltigung und verurteilt am Wahltag dieser verärrlichen Partei auch hierauf die richtige Leistung zu erteilen. Die Versammlung verpflichtet sich im bevorstehenden Wahlkampf mit aller Kraft und Schärfe für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten W. Gewehr einzutreten, um dem so hoch industriellen diesen Wahlkreis Offen endlich eine ihm gebührende Stellung zu schaffen.“

Am folgenden Tage sprach Genosse Singer noch in Caterberg vor circa 2000 Personen. Auch diese Versammlung verlief ausgezeichnet. Die Versammlungen haben auf die ganze hiesige Bewegung außerordentlich belebend eingewirkt. Unsere Parteigenossen gehen mit großem Eifer an die Arbeit. Der Kampf ist ein außerordentlich schwieriger. Wir haben bei der Wahl von 1903 gegenüber der Wahl von 1898 einen so gewaltigen Stimmenfortschritt gemacht, daß es

auf der einen Seite zwar der größten Bemühungen bedarf, um die außerordentlichen Ergründungen zu festigen, daß wir aber auf der anderen Seite hoffen dürfen, bei dieser Wahl zum ganzen Siege zu gelangen. Die Wahl ist auf Dienstag, den 19. September angesetzt. —

#### Zur Disziplin in der deutschen Marine.

Den „Münch. N. N.“ wird aus Kiel berichtet:

Der Kaiser ließ an einem Tage der Kieler Woche von seiner Yacht „Hohenzollern“ aus der auf den Kriegsschiffen ankernden Flotte Flaggensignale zugehen. Diese Signale müssen zum Zeichen, daß sie richtig erkannt worden sind, von jedem Schiffe wiederholt werden, und der Monarch selbst betrachtete von der Kommando-Brücke aus das Signalisieren der Kriegsschiffe. Wöchentlich ging am Mast des kleinen Kreuzers „Frauenlob“ statt des Wimpels ein weißer schmutziger Lappen hoch. Der Vorfall wurde sofort vom Kaiser bemerkt und ein Offizier an Bord des „Frauenlob“ geschickt, um Aufklärung über den Zwischenfall zu erhalten. Der Offizier kam mit der Meldung an den Kaiser zurück: Die Mannschaft des „Frauenlob“ habe durch das Hissen des schmutzigen Leinwandlappens die Aufmerksamkeit des Kaisers auf den Kreuzer lenken wollen, in der Hoffnung, auf diese Weise direkt eine Besuche bei dem Monarchen anbringen zu können. Seit langem schon herrschte unter der Besatzung des „Frauenlob“ eine tiefgehende Erbitterung gegen den Kommandanten. Die Ursache war die einmütige Ueberzeugung, der Mannschaft, von ihrem Kommandanten mit unerträglich strenger Behandlung zu werden. Schon einmal, vor einigen Monaten, war es zu einer Art Empörung gegen den Kommandanten gekommen. Der Kaiser gab sofort Befehl, der Dampfer „Frauenlob“ habe Dampf aufzunehmen und so schnell wie möglich den Hafen zu verlassen. Er wüßte ein Schiff seiner Flotte, an dessen Bord ein Fall derartiger Disziplinlosigkeit vorkommen könne, nicht mehr zu sehen. Der Kreuzer ging in See und kehrte erst nach der Abreise des Kaisers in den Hafen zurück.

An „ununterrichteter Stelle“ wird, wie der Berliner Vertreter des genannten Blattes schreibt, die Nichtigkeit dieser Schilderung der Vorgänge auf dem „Frauenlob“ entschieden in Abrede gestellt; namentlich sei die Geschichte mit dem Hissen des schmutzigen Lappens erfunden. Wichtig sei dagegen, daß wiederholt auf dem „Frauenlob“ grobe Disziplinwidrigkeiten vorgekommen sind, daß das Schiff auf Anordnung des Kaisers während der Kieler Woche nach der Hohenortler-Yacht (Ditholstein) geleitet, und daß der Kommandant, Kapitän Casar, einstweilen von seinem Posten entbunden worden ist; seine Verabschiedung sei dagegen nicht erfolgt. Behauptet wurde, daß der Kapitän durch übermäßige Strenge die Mannschaft bedrückte und daß deren Aufsehung die Reaktion dagegen gewesen sei. Wollte Klarheit über diese gerüchelten Verhandlungen bringen. Das „Berl. Tagebl.“ beschäftigt sich ebenfalls mit dem Thema der Disziplin in der Marine. Es erklärt alle Nachrichten, auch die des „Vorwärts“ für stark aufgebauscht. Vorkommnisse wie in Russland seien ganz unmöglich. —

Wir können demgegenüber nur nochmals erklären, daß es uns ja gar nicht einfallen ist, von einer derzeitigen Möglichkeit einer deutschen „Potemkin“-Affäre zu sprechen. Dazu liegen die politischen Zustände selbstverständlich zu verschieden. Die Mitteilungen unserer Korrespondenten sollten nur dardum, daß speziell in unserer Marine die Mannschaften denn doch weit davon entfernt sind, Musteroldaten im Sinne des absoluten Kadavergehorsams zu sein. Und jeder Kundige wird darin unserem Kieler Korrespondenten beipflichten. Gerade in der Marine herrscht ein gewisser Geist der Ungehorsamkeit, der sich jetzt gelegentlich in tödlichen jugendlichen Exzessen äußert, der aber in kritischen politischen Zeitläuften leicht auch einen Charakter annehmen könnte, der eine dem Volkswillen zuwiderhandelnde Regierung höchst unangenehm überraschen dürfte. —

#### Stummische Dummheit.

Vor einiger Zeit brachte ein Berliner Scharfmacherblatt einen Artikel über „Die deutsche Sozialdemokratie und die Japaner“, in dem der ungläublich-törichte Vortwurf gegen die Sozialdemokratie erhoben wurde, daß sie in Japan alles das der „heftigsten Bewunderung“ wert finde, was sie im eigenen Lande nicht genug herunterreißen könne. Wir hielten indes dies blöde Geschreibsel für zu dumm, um es eines Wortes der Entgegnung würdigen zu sollen. Nunmehr aber wird uns mitgeteilt, daß die Athernheiten des Artikels der Scharfmacherpresse in der Provinz so gewaltig imponiert haben, daß er ungezählte Male abgedruckt worden ist. Wenn wir uns also jetzt damit beschäftigen, so geschieht das, um einen typischen Beitrag dafür zu liefern, wie es mit der Wahrheitsliebe und der Intelligenz unserer Gegner bestellt ist.

Da heißt es, daß das „Lob“, mit dem die Sozialdemokratie Japan überhäute, die „ungeheure Unkenntnis der sozialdemokratischen Führer einerseits“ und die „geradezu stumpe Dummheit der Genossen andererseits“ beweise. Und dann wird aufgezählt, was alles die Sozialdemokratie an Japan so glühend bewundere: seine „moderne Verfassung“, die Bewilligungsfreudigkeit der japanischen Volksvertretung für die Militäransgaben, seine Marinerrüstungen, sein Offizierkorps, endlich seine „Bedürfnislosigkeit“. Dann heißt es zum Schluß:

„... Kurz, Japan ist oben, nachahmenswert, und wenn es so weiter geht, kann man erleben, daß deutsche Sozialdemokraten nach Japan geschickt werden, um dort preussische Staatseinrichtungen, Maschinen und Schiffbaukunde zu studieren. Kommen sie dann zurück, so werden sie mit Landtagswahl, mit Abgeordneten- und Herrenhaus, mit Justiz und Polizei, mit Flotte und Heer ausgestattet sein, denn was sollen sie machen? Sie könnten doch höchstens die Einrichtungen der Japaner, die sie jetzt so trefflich finden, bei uns einzuführen wünschen, und da wir diese schon haben, weil sie von uns stammen, müßte dann fortan höchste Zufriedenheit mit allen preussischen Einrichtungen das Charakteristikum der Sozialdemokratie sein.“

Man sieht, das Ganze ist nichts als ein mit erlebener Abgeklärtheit zusammengegerührtes Gemisch dreier Fälschungen und kindischen Geschwäbes. Es ist der Sozialdemokratie nicht im Traume eingefallen, Japan mit Lob zu überhäuten, sondern sie hat lediglich, den ja auch längst von konserverbarer Seite anerkannten Tatsachen entsprechend, Japan als das dem zarischen Rußland unendlich überlegene Land bezeichnet. Sie hat der stinkenden Fäulnis des offiziellen Rußland, der idiotischen Unfähigkeit seiner autokratischen Regierung, der Vöcklichkeit und moralischen Verkommenheit seines Beamtenstands, der ohnmächtigen Großmäuligkeit und Verlotterung seiner Offizierskaste usw., die in ihrer Art in der Lat bewundernswürdige Energie der jungen asiatischen Kulturmacht gegenübergestellt. Niemand ist es ihr dabei in den Sinn gekommen, Japan etwa als Vorbild für die westeuropäischen Staaten hinzustellen. Im Gegenteil hat die sozialdemokratische Presse wiederholt auf den trotz alledem noch „dünnen Kulturfirnis“ Japans hingewiesen, auf die im Vergleich zu den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten noch sehr rückständige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes; besonders scharf hat sie aber das politische Unterdrückungssystem der japanischen Regierung gebrandmarkt, das noch mehr

nach der russischen Schule, als modernem Geiste rieche. Ferner: so entschieden die Sozialdemokratie die Auffassung vertritt, hat, daß Japan, vom Standpunkte kapitalistischer Weltpolitik aus betrachtet, sich in der Abwehr der freien Raubpolitik des Zarismus im Rechte befinde, so wenig ist es ihr eingefallen, die Agitation zu ignorieren, die von den japanischen Sozialisten gegen den Krieg entfaltet worden ist, so wenig hat sie daran gezeifelt, daß die japanischen Genossen allen Grund hatten, einen Krieg zu bekämpfen, dessen Opfer an Gut und Blut auch in Japan, wie in allen kapitalistischen Ländern, in erster Linie das rechtlose, ausgebeutete Volk zu tragen hat. Und als so ideale Gestalten die japanischen Offiziere den noch auf dem Schlachtfelde spielenden, laufenden und hurenden russischen Offizieren gegenüber erschienen: für den japanischen Schwertadel zu schwärmen, ist der Sozialdemokratie um so weniger eingefallen, als uns der Charakter des preussischen Kriegssadels wahrhaftig alles eher als der Bewunderung würdig erscheint.

Wenn trotz alledem die Scharfmacherpresse einen Artikel, dessen tolle Fälschungen und blödsinnige Verdrehungen auch für jeden bürgerlichen Leser nicht verborgen sein können, der weitesten Verbreitung für wert hält, so muß sie allerdings mit einer „geradezu stummischen Dummheit“ ihrer Leser rechnen! —

#### Kaiserreise und Unionskrise.

Die Reise des deutschen Kaisers nach Schweden, seine Zusammenkunft mit König Oskar in Geste, an der auch der schwedische Minister des Aeußeren teilnahm, sowie die Demonstration deutscher Kriegsschiffe in den skandinavischen Gewässern, hängen offenbar mit der Unionskrise zusammen, wenigstens wird das in Skandinavien allgemein angenommen, und bei der bekannten Geselligkeit der deutschen Regierung, überall dabei sein zu wollen, ist es ja auch von vornherein wahrscheinlich. Was in Geste verhandelt worden ist und welche Stellung der Kaiser zur Unionsfrage einnimmt, darüber ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Man ergeht sich deshalb in allerlei Vermutungen, von denen vielleicht die sicherste die ist, daß, wie das norwegische „Morgenbladet“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, der Kaiser den Wunsch nach schneller Erledigung des Konfliktes hegt. In diesem Punkte würde er mit den Norwegern übereinstimmen und auch mit dem freisinnigen Teil des schwedischen Volkes. Die reaktionären Kriegsbeyrer in Schweden wollen bekanntlich die Unionsfrage zur Wahlagitation mißbrauchen und deshalb die Entscheidung dem neuen, anfangs nächsten Jahres zusammen tretenden Reichstag überweisen. Es wird nun auch vermutet, daß der Besuch des Kaisers eine heilsame Wirkung auf die Vertreter der Vertagungspolitik im Spezialauschuß des schwedischen Reichstages ausgeübt haben könne. Bestimmtes weiß man aber auch darüber nicht. — „Social-Demokraten“ von Kristiania schreibt zu der Angelegenheit:

Jedenfalls deutet der Besuch des Kaisers und seine große Flottendemonstration im Bruderland darauf hin, daß die Großmächte ein Wort mitreden wollen bei der Abwicklung der skandinavischen Krise. Die Bedeutung hiervon darf nicht unterschätzt werden. Wohl wäre es das Beste gewesen, wenn Schweden und Norwegen ihren Zwiespalt ohne fremde Einmischung, ohne fremden Druck schlichteten könnten. Im übrigen ist es andererseits auch möglich, daß ein Eingreifen, entweder aktiv oder passiv seitens der Großmächte eine weitere Garantie für einen friedlichen Verlauf der Krise bieten wird. Aber ein solches Eingreifen schließt auch die Gefahr in sich, daß es zu internationalen Bervicklungen sehr erster Art führen kann.“

Das deutsche Volk hat deshalb auch, genau so wie bei der Marokko-Affäre, alle Veranlassung, gegen eine eigenmächtige Einmischung des Kaisers sowohl wie der verantwortlichen Regierung in die Weltkänzel den entschiedensten Protest einzulegen! Es ist ein ganz unerträglicher Zustand, daß Fürsten oder Regierungen über den Kopf der Nation hinweg politische Aktionen von unübersehbarer Tragweite unternehmen. —

#### Amnestie für Sachsen-Ruburg-Gotha.

Aus Anlaß seines Regierungsantrittes hat der Herzog von Sachsen-Ruburg und Gotha einen vollständigen Erlass derjenigen Geld- und Gefängnisstrafen angeordnet, die wegen nachstehender Straftaten bis zum 19. Juli rechtskräftig erkannt und noch nicht oder noch nicht vollständig vollstreckt sind. Hierzu gehören: 1. Beleidigung der Majestät oder eines Mitgliedes des herzoglichen Hauses; 2. Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verletzung der öffentlichen Ordnung; 3. von Staats wegen verfolgte Vergehen gegen die §§ 196 und 197 des Strafgesetzbuches, sowie Vergehen und Uebertretungen gegen das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874; 4. alle Uebertretungen betreffend Forst- und Polizeivergehen, sowie betreffend Forstdiebstahl, wegen deren eine Strafe von nicht mehr als zwanzig Mark verhängt worden ist.

#### Vom Typhus in Südwestafrika.

Berlin, 10. Juli. Ein Telegramm aus Windhof meldet: an Typhus sind gestorben: Reiter Josef Gagolin, geboren am 16. 12. 77 zu Schreibernsdorf, am 16. 7. 1905 in Lazarett Daisio, Reiter August Müller, geboren am 2. 3. 81 zu Tangstedt, am 14. 7. 1905 in der Krankenanstalt Wernsdorf.

#### Husland.

##### Oesterreich-Ungarn.

##### Der passive Widerstand.

Der Kammerparlamentarische Ausschuss des Oester Reichsrates sprach der Regierung einstimmig das Mißtrauen aus und erklärte, die Regierung könne auf die Unterführung des Komitats nicht rechnen. Die Beschlüsse des Oester Reichsrates über die Verweigerung der Entgegennahme von Steuern und die Stellung der Reserve wurden un verändert angenommen. —

##### Schweden.

Die bekannte schändliche Klassenjustiz hat am Montag wiederum unerhörte Opfer gefodert. Bekanntlich haben am 27. und 28. Mai in Stockholm Straßencarawalle stattgefunden, die wesentlich infolge brutalen Eingreifens der Polizei sich aus Demonstrationen gegen einige Streikbrecher entwickelten. Zwei der Teilnehmer, ein Schuharbeiter und ein Gaswerksarbeiter, sind nun am Montag vom Nationalgericht zu je zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, weil sie auf die Polizei mit Steinen geworfen worden seien und wegen „Teilnahme an einem Aufruhr, bei dem Gewalttaten verübt wurden“. Ein anderer Angeklagter wurde zu zwei Monaten Zwangsarbeit und noch einer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Die Verhandlung gegen sieben weitere Angeklagte wurde vertagt. Gleichzeitig hat das Hofgericht die vom unteren Gerichtshof über acht Demonstranten vom Sägewerksarbeiterstreik in Sörböl verhängten Gefängnisstrafen von zwei bis zu acht Monaten auf drei bis zu zehn Monaten Gefängnis und in einem Fall sogar bis zu einem Jahre Zwangsarbeit erhöht.

##### England.

Unterhand. Der Vorschlag, eine Kasse von 5 835 000 Pfund Sterling für verschiedene Arbeiten für die Marine anzunehmen, wurde am Mittwoch mit 219 gegen 168 Stimmen angenommen. Privatlord der Admiralität Lee führte aus, daß das Geld für die

Bereits genehmigten Arbeiten verwendet werden würde und daß er späterhin dem Hause noch weiteres mitteilen werde. Er bemerkt, daß die Gesamtkosten für die gegenwärtigen Vorschläge der Admiralität, den Hofen von Rosyth betreffend, auf 2½ Millionen Pfund Sterling veranschlagt seien und daß ein Teil dieser Summe in dem Betrage der Anleihe von 5.833.000 Pfund Sterling mit enthalten sei. Fowler (lib.) nahm Bezug auf eine kürzlich von Lord Curzon gehaltene Rede, in welcher dieser die Entscheidung der britischen Regierung bezüglich der Verwaltung der indischen Armeen scharf kritisierte. Er bezeichnete diese Rede als eine außergewöhnliche und fragte, welche Schritte die Regierung in dieser Angelegenheit zu tun gedenke. Staatssekretär für Indien, B. D. D. D., erwiderte, er habe Lord Curzon ersucht, den genauen Wortlaut seiner Rede zu telegraphieren. Ehe der genaue Text in den Händen der Regierung sei, könne er über ihre Ansicht nichts sagen.

## Ein Haufen Unrichtigkeiten.

### Zur Tagesordnung des Parteitag.

In dem gestern behandelten Artikel der „Neuen Zeit“ kommt Kautsky auch auf die Erscheinung des sozialdemokratischen Stimmrückganges bei einigen Reichstags-Erwahlungen zu sprechen. Kautsky wendet sich gegen diejenigen, welche diesen Stimmrückgang auf das Konto des Dresdener Parteitag setzen, weil die Partei damals es veräumt habe, den Dreimillionensieg zu „positiven“ Erfolgen auszunutzen. Dies, sagt Kautsky, werde von manchen Kritikern behauptet, und er polemisiert in diesem Zusammenhang gegen den „Vorwärts“ wie folgt:

„Der „Vorwärts“ scheint ebenfalls dieser Ansicht zu huldigen oder vielmehr, genau gesagt, die Mehrheit seiner Redaktion, von der allein das in diesem Artikel über den „Vorwärts“ Besagte gilt. Vorliegende Ausführungen waren schon geschrieben, als der Zeitartikel des „Vorwärts“ über die Tagesordnung des Parteitag“ erschien (6. Juli), in dem dieselbe Melodie angeklungen wird, die Herr v. Gerlach vorgelesen. Es wird dort darauf hingewiesen, daß „wir (die Redaktion) vor zwei Jahren eindringlich bedauert haben, daß der Parteitag schon durch seine Tagesordnung sich gehindert hat, der großen politischen Situation gerecht zu werden, welche damals infolge des überwältigenden Wahlsieges vom 18. Juni gegeben war.“ Er habe sich dadurch „der unmittelbaren Einwirkung auf das politische Leben Deutschlands in nicht unerheblichem Maße entschlagen.“

Diese Auffassung hätte absolut keinen Sinn, wenn der „Vorwärts“ nicht der Meinung wäre, durch eine andere, mehr „positive“ Gestaltung der Tagesordnung hätten sich praktische Erfolge aus dem Wahlsieg ziehen lassen. Denn er kann nicht sagen, daß der Dresdener Parteitag die Reichstagswahlen ignoriert hätte. Der Punkt 4 der Tagesordnung lautete: „Lafit der Partei — Reichstagswahlen, Präsidialfrage, die revisionistischen Bestrebungen.“ Freilich solche tatsächliche Diskussionen passen dem „Vorwärts“ nicht. Sein Artikel hat die Tendenz, die Parteitage mehr nach bürgerlichem Muster zu agitatorischen Schaustellungen zu gestalten, in denen nicht über jene Fragen diskutiert wird, über die wir einig, sondern über jene, über die wir einzig sind, wie Jehnstundentag, Kampf gegen Marinismus und Militarismus.

Die propagandistische Behandlung solcher Fragen fällt jedoch in erster Linie der Reichstagsfraktion zu. Die letztere wäre ein ebenso kostspieliges wie überflüssiges Luxusmöbel, würde sie diese Aufgabe nicht genügend lösen. Der Parteitag aber soll das kräftigste Mittel der Weiterentwicklung der Partei sein, soll alle jene Fragen zur Entscheidung bringen, die innerhalb der Partei selbst aufstehen und in ihr geteilte Anschauungen hervorgerufen. Der geistige Fortschritt der Partei wäre völlig gehemmt, wenn nicht solche neue Streitfragen von Zeit zu Zeit auftauchten, aber sie würden zur Zerlegung der Partei führen, würden sie endlos debattiert. Die Parteitage haben die Aufgabe, ebenso die freie Diskussion solcher Fragen zu entfesseln, wie auch, nachdem alle Argumente erschöpft, erkennen zu lassen, wie die Mehrheit der Partei darüber denkt, und der Diskussion dadurch einen Abschluß zu geben.

Die weit in Parteitag die Möglichkeit hat, daneben noch Fragen zu behandeln, über die wir im wesentlichen einig sind, die bloß der propagandistischen Wirkung wegen auf die Tagesordnung kommen, hängt davon ab, wie zahlreich und wichtig die Meinungsverschiedenheiten in unserer Mitte.

Gerade in der heutigen revolutionären Situation gibt es aber keine Frage, die für uns größere Wichtigkeit hätte als die des Massenstreiks. Dem „Vorwärts“ mag sie ebenso wenig erscheinen wie alle anderen großen Streitfragen der letzten Zeit, in denen er nur kleine persönliche Nebenereien zu entdecken vermochte; der Parteivorstand hat sicher dem Empfinden des Masse der Parteigenossen Ausdruck gegeben, als er den Massenstreik auf die Tagesordnung setzte.“

Jeder Satz ist eine Unrichtigkeit und das Ganze zeigt, daß Kautsky die Fähigkeit verloren hat, die Ansicht des anderen objektiv aufzufassen und sachgemäß wiederzugeben. Teils unterstellt Kautsky Anschauungen, die wir niemals geäußert haben, teils spricht er Anschauungen aus, als seien wir ihnen gegenüber, die wir niemals bestritten, sondern selbst befürwortet haben.

Der „Vorwärts“ sieht ein, sagt Kautsky, der Ansicht zu sein, daß der Sieg am 18. Juni zu „positiven“ Erfolgen hätte führen müssen, und im Text seines Artikels erläutert er diese positiven Erfolge also:

„Und wodurch hätten diese „positiven“ Erfolge errungen werden sollen? Durch ein Entgegenkommen gegen die Reichsregierung, durch den Versuch, Konzessionen gegen Konzessionen einzutauschen? Jeder derartige Versuch, wenn er gehegt worden sein sollte, wurde allerdings in Dresden im Keime erstikt.“

Unsere Meinung über den Dresdener Parteitag, hätte absolut keinen Sinn, sagt Kautsky, wenn der „Vorwärts“ nicht der Meinung wäre, die Sozialdemokratie müßte der Regierung entgegenkommen, müßte versuchen, Konzessionen gegen Konzessionen einzutauschen, Welchen von der Furcht des Kompromissverlustes, vermag Kautsky den klaren Sinn unserer Ausführungen nicht zu erfassen. Wie kann Kautsky uns zumuten, auf das auszugehen, was er uns unterstellt? Nicht ein Wort unseres Artikels kann Anlaß zu solchen groben Mißdeutungen geben. Ganz abgesehen davon, daß das, was Kautsky uns zumutet, allerdings eine Sinnlosigkeit wäre, nämlich durch sozialistische scharfe Stellungnahme der Parteitage zu politischen Fragen eine — Politik des Entgegenkommens zu betreiben. Kautsky bringt das Un glaubliche fertig, uns Entgegenkommen und Kompromisserei zu unterstellen, da wir den nachdrücklichsten Kampf gegen die Regierung gefordert haben!

Was wir über den Dresdener Parteitag, nicht erst jetzt, sondern sogleich nach dem Parteitage kritisch geäußert haben, ist natürlich etwas total anderes. Wir haben einmal bedauert, daß untergeordneten Angelegenheiten wie die, ob einige Parteigenossen einige Artikel in der „Zukunft“ geschrieben haben, eine weitaus zu große Bedeutung beigelegt worden ist. Wir haben weiter bedauert, daß nicht nach dem Wahlsieg vom 18. Juni die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Sozialdemokratie in umfassender Darstellung belundet worden sind, welche Unterlassung an sich ein Mangel war und außerdem dazu beitrug, daß der widerwärtige Personalstreit sich erst recht breit ausbreiten konnte. Die Wirkung des Parteitag, die wir vernicht haben, besteht, wie jeder, der sehen will, ohne weiteres sehen kann, in der Gewinnung neuer weiter Kreise des Volkes für die Sozialdemokratie, in der Erfüllung der Arbeiterklasse mit sozialistischem Denken, mit Begeisterung für die Partei und ihr Wirken. So sehr man den Wert des Dresdener Parteitag wegen seiner Reichweite über die Lafit der Partei einschätzen mag — wir haben ihn auch in dieser Hinsicht weniger hoch eingeschätzt, weil alles Wesentliche schon auf vorhergehenden Parteitagen geleistet war —, darüber kann jetzt bei niemand mehr ein Zweifel bestehen, daß jener positive Erfolg, den zu erstreben bisher immer in der Partei als Erstes galt, nicht errungen worden ist und nach er Art, wie Dresden verlief, nicht

errungen werden konnte. Das haben wir — nur ungern — offen ausgesprochen, weil wir es im Parteinteresse für unumgänglich hielten. Wenn Kautsky auf Punkt 4 der Dresdener Tagesordnung verweist, so hat eben gerade diese Anordnung der Tagesordnung das gemacht. Die Reichstagswahlen — ihre Ergebnisse, ihre Lehren, die Aufgaben, die sie stellen — sind völlig vergangen worden unter den tatsächlichen Auseinandersetzungen, wie jeder sofort sieht, der das Dresdener Protokoll zur Hand nimmt.

Weiter führt Kautsky aus, daß tatsächliche Diskussionen nötig sind und zur Weiterentwicklung der Partei dienen. Das ist selbstverständlich, und es ist eine neue bösartige Unrichtigkeit, wenn Kautsky sagt, daß der „Vorwärts“ die Parteitage mehr nach bürgerlichem Muster zu agitatorischen Schaustellungen „gestalten will. Zunächst nebenbei: „Schaustellungen“; aber Kautsky will selbst allgemein politische Fragen „bloß der propagandistischen Wirkung wegen“ nicht gänzlich von der Tagesordnung verstoßen, also etwas „Schaustellung“ will auch er! Er sollte also vorsichtiger in der Auswahl verächtlicher Worte sein, die auf ihn selbst zurückfallen. Ist es aber noch eine lokale Polemik, und so demunizieren, daß wir „die Parteitage mehr nach bürgerlichem Muster zu agitatorischen Schaustellungen“ gestalten wollen, wenn wir in Wahrheit dagegen uns gewandt haben, daß die Parteitage einer nach dem anderen die Verhandlung allgemein politischer Fragen vollkommen ausschließen?

Es ist mir nötig, einen Passus des Artikels vom 6. Juli zu zitieren, um die Unwahrheit des Kautskyschen Vorwurfs ohne weiteres anzugeben:

„Unsere Parteitage werden vollständig ausgefüllt durch die Erledigung der Verwaltungsdangelegenheiten und die Beratung über innere Parteifragen. Dagegen ist die politische Stellungnahme der Partei zu den Ereignissen der Zeit zurückgedrängt worden und geradezu gänzlich verschwunden. Es bedarf keines Wortes über die entscheidende Wichtigkeit jener bezeichneten Aufgaben der Parteitage, aber so wichtig sie sind, allein herrschend dürfen sie nicht sein, sie dürfen nicht dornöhen überwiegen, daß die andere beträchtliche Aufgabe erstickt wird.“

Wir haben also auch nicht in den tatsächlichen Erörterungen allein die Ursache des bedauerlichen völligen Ausschlusses solcher Angelegenheiten gesehen, wir haben ebenso den Parteigenossen die Frage unterbreitet, ob es nötig ist, daß auf jedem Parteitage die Beratung über den Vorstandsbericht und den parlamentarischen Bericht schon etwa die Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit einnehmen müsse. Darf man solche Meinung nicht aussprechen, ohne von Kautsky demunziert zu werden, daß man „nach bürgerlichem Muster“ „Schaustellungen“ wünsche? Nicht ein bürgerliches Muster hat uns gelehrt, sondern das sozialdemokratische Muster der früheren Parteitage. Die Partei hat behandelt: auf dem Parteitage zu Köln 1893 „Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen“; zu Frankfurt a. M. 1894 „Die Bedeutung der Trübs, Ringe, Kartelle etc. in unserer wirtschaftlichen Entwicklung“; zu Breslau 1895 „Schwingsystem, Hausindustrie und Arbeiterfrage“; zu Gotha 1896 „Frauenagitation“; zu Hamburg 1897 „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“; zu Stuttgart 1898 „Das Koalitionsrecht“ (Zuchthausvorlage), „Vergewaltigung“, „Die deutsche Zoll- und Handelspolitik“; zu Mainz 1900 „Die Weltpolitik“, „Die Verkehrs- und Handelspolitik“; zu Jülich 1901 „Kollaris und Handelsverträge“, „Die Wohnungsfrage“; zu München 1902 „Arbeiterversicherung“, „Kommunalpolitik“.

So verfahren die Parteitage, obgleich wohl auch damals bereits die propagandistische Behandlung solcher Fragen in erster Linie der Reichstagsfraktion zugefallen war. Diese Verurteilung Kautskys über die Aufgabe der Fraktion ist wieder eine Selbstverständlichkeit. Kautsky unterschätzt andererseits die Bedeutung der Parteitage für die Propaganda. Sobald im politischen Leben große Fragen aufbrechen, welche die ganze Arbeiterklasse oder sogar die ganze Nation erregen, dann ist es nichts Unwesentliches, sondern etwas überaus Wichtiges, daß das sozialdemokratische Volk selbst das Wort nimmt. Dies geschieht schon in Versammlungen und in der Presse, aber die wirksamste Form der Stellungnahme geschieht in der einheitlichen Kundgebung auf dem Parteitage, wo die Vertreter der Sozialdemokratie des ganzen Landes vereint sind. Es ist für eine demokratische Partei ungemein wertvoll, ja unbedingt nötig, daß die Masse der Genossen selbst ihre Stellungnahme zu bedeutenden politischen Geschehnissen zum Ausdruck bringt. Da zeigt sich einbrucksvoller, als es sonst möglich ist, daß hinter unseren Rednern im Parlament die Ueberzeugung und der Wille der großen geschlossenen Partei steht. Wozu sonst auch hätten wir die Kundgebungen gegen die Zuchthausvorlage und gegen den Buhertarif veranstaltet?

Das eine tun und das andere nicht lassen ist unsere Meinung. Verwaltungsfragen, tatsächliche Probleme, Propagandarbeit — jede dieser Betätigungen hat ihr Recht und keine soll die andere unterdrücken.

Kautsky meint dann: „Freilich solche tatsächliche Diskussionen passen dem „Vorwärts“ nicht“ und: dem „Vorwärts“, „mag die Frage des Massenstreiks ebenso wenig erscheinen, wie alle anderen großen Streitfragen der letzten Zeit, in denen er nur kleine persönliche Nebenereien zu entdecken vermochte; der Parteivorstand hat sicher dem Empfinden der Masse der Parteigenossen Ausdruck gegeben, als er den Massenstreik auf die Tagesordnung setzte.“ In Wahrheit haben wir tatsächliche Diskussionen in einer Kampfpartei wie der unsrigen stets als unausbleiblich erachtet, aber wir haben in den letzten Jahren oft nicht dieselbe Ansicht wie Kautsky darüber gehabt, welche Fragen als „große Streitfragen“ anzusehen waren, und desgleichen darüber, wie diese Fragen seitens einiger Parteigenossen, auch von Kautsky, behandelt worden sind. Die großen Diskussionen über die Parteitalit in den vier Jahren hatten außerordentliche Bedeutung für die Partei und wirkten befruchtend auf die Entwicklung der Partei. Was vor, auf und nach dem Dresdener Parteitag vorlam, schätzen wir anders ein. Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß das, was in Dresden geschah, in der Sache wesentlich eine Wiederholung früher erzielter und feststehender Ergebnisse war, wozu es des gewaltig aufgebauten polemischen Apparates nicht bedurft hätte. Der trefflichste Zeuge für die Nichtigkeit dieser Anschauung ist übrigens Kautsky selbst geworden. Er sagt in demselben Artikel, der hier in Frage steht:

„Wenn je eine Situation dem sozialistischen Ministerialismus günstig war, so die Frankreich nach dem Dreifus-Prozess. Es erforderte damals wirklich große Klarheit und Charakterstärke, sich dieser Politik zu entziehen. Heute ist der sozialistische Ministerialismus auch in Frankreich tot und begraben. Aber in Deutschland war von vornherein nicht die mindeste Lebensbedingung für ihn gegeben, vermochten nur politische Kinder oder politische Danstürche an ihn zu glauben. In Deutschland können höchstens Differenzen über den Ton und die theoretische Begründung, nicht aber über die Praxis unserer Opposition aufkommen. Noch weniger als anderswo ist in Deutschland von der Reichsregierung oder der Mehrheit des Reichstages etwas für das Proletariat zu erwarten. An dieser Tatsache konnte auch der Dreimillionensieg nichts ändern.“

Das Kautsky hier über die Situation unserer Partei in Deutschland sagt, ist durchaus richtig. Wenn dem aber so ist, dann ist völlig unbegreiflich, wie man in etwigen Meinungen einzelner Parteigenossen, gleichwohl in Deutschland Ministerialismus zu betreiben, eine große Gefahr und in den ebenso langen wie erbitterten Diskussionen darüber eine „große Streitfrage“ zu finden vermag. Wenn dann Kautsky weiter die Unterstellung macht, daß wir in den großen Streitfragen „nur kleine persönliche Nebenereien“ entdecken hätten, so ist auch das eine gründliche Verleumdung des wirklichen Sachverhalts. Nichtig ist vielmehr, daß wir die Meinung vertreten, es seien die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten durch persönliche Nebenereien, die nicht klein, sondern unangenehm groß waren, verschlimmert, vertieft und vergrößert worden.

Es wird mit nur zu viel Recht Klage geführt, daß das Interesse in der Arbeiterklasse für Fragen der sozialistischen Theorie durchaus

nicht entsprechend dem Wachstum der Partei gewachsen ist. Diese Erscheinung hat verschiedene Ursachen, aber unter anderem ist auch der Umstand nicht zu verkennen, daß in der Arbeiterklasse die Neigung, in die Schwierigkeiten der sozialistischen Wissenschaft einzutreten, mindestens nicht gefördert werden konnte; wenn die führenden Köpfe der Theorie durch die Polemik der persönlichen Herabsetzung den Respekt vor der Wissenschaft selbst herabsetzen. Die Polemik Kautskys, mit der wir uns gestern beschäftigt haben, ist ein Musterbeispiel dafür, wie man es machen muß, um die Arbeiter vom ernst theoretischen Studium abzuführen.

Die letzte, aber nicht geringste Unrichtigkeit Kautskys ist die Behauptung, daß dem „Vorwärts“ die Frage des Massenstreiks geringfügig zu sein erscheine, und die Bedeutung, als sei der „Vorwärts“ gegen den betreffenden Punkt der Jenaer Tagesordnung. Beides trifft nicht zu. Wir haben im Gegenteil ausgesprochen, daß unter diesem Thema jedenfalls dasjenige besprochen werden wird, was wir bereits für die Tagesordnung des vorjährigen Parteitag vorgeschlagen hatten: Die Wahlrechtskämpfe in Deutschland. Wir haben außerdem den Wunsch ausgesprochen, daß die Beratung dieses Gegenstandes so vorbereitet und so gestaltet werden müsse, daß der einheitliche Wille der Arbeiterbewegung, der politischen und der gewerkschaftlichen, sich nachdrücklich bekundet, im Falle des reaktionären Attentats auf Volksrechte jedes mögliche Mittel der Abwehr in Anwendung zu bringen. Gerade weil die Frage der Abwehr reaktionärer Drohungen von sehr großer Wichtigkeit ist, darum muß unbedingt ausgeschlossen werden, daß auch hier wieder die Diskussion auf das tiefe Niveau der persönlichen Nebenereien herabgedrückt wird, wozu Kautsky bedauerlicherweise den Anfang macht; wir wünschen dringend, daß es bei den Anfang bleibt!

## Der Semstwowkongreß.

In diesem Mittwoch sollte der Kongreß der Semstwow- und Städtevertreter in Moskau zusammenzutreten. Die Regierung hat ihn verboten und die Behörden ließen kein Mittel unberührt, die Zusammenkunft zu hintertreiben. Verhaftungen sind vorgenommen und man hat sich auf jede Weise bemüht, die Deputierten einzuschüchtern. Die Semstwow-Partei aber hat versichert, nicht nachgeben zu wollen, der Kongreß werde stattfinden, koste es was es wolle. Auf den Ausgang darf man gespannt sein, so viel allerdings scheint schon jetzt festzustehen, daß die Semstwowmänner die Machtmittel der Regierung doch unterschätzt haben. Sie sind sorglos zu Werke gegangen und haben den Machthabern ihre Karten zu früh aufgedeckt. Daß die Lagung in irgend einer Form stattfindet, wollen wir nicht in Zweifel ziehen, nur ist es mehr als fraglich, ob sie in der Lage ist, die Rolle in der russischen Politik zu übernehmen, die man ihr zugedacht hatte. Am Ende muß sie sich darauf beschränken, theoretisch noch einmal eingehend das Bulhgin'sche Dumaprojekt zu beraten und zu ihm Stellung zu nehmen. Die große Majorität wird die Bulhgin'sche Karikatur verwerfen.

Dem Mittwoch liegt zunächst nur die folgende Meldung des „B. Z. B.“ vor:

Moskau, 19. Juli. Der Semstwowkongreß ist in der Wohnung des Fürsten Dolgorudi eröffnet worden. Zur Erörterung gelangen der Entwurf Bulhgin's, die Stellungnahme der öffentlich wirkenden Männer zu dem erwarteten Volksvertretungsgesetz und Maßnahmen zur Verwirklichung der von den Vertretern der Semstwow und der Städte ausgearbeiteten Vorschläge.

### Ein Kongreß der Kapitalisten.

Moskau, 18. Juli. Die Behörden haben dem von Kowalewsky geleiteten Kongreß der Börsenvertreter und Industriellen verboten, die Verfassungsfrage zu berühren, und ihn angewiesen, die Erörterungen auf das festgestellte Programm zu beschränken. Da Kowalewsky gleichwohl die Verfassungsfrage besprach, wurde der Kongreß heute ausgedient, seine Arbeiten einzustellen. Der Kongreß setzte nichtsdestoweniger heute früh seine Beratungen fort. Es nehmen fünfzig Personen, die 38 Körperschaften vertreten, teil. Unter ihnen gaben sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten kund. Einige Vertreter erklärten sich abgeneigt, im Schlepptau der Semstwow zu marschieren, und verlangten die Aufstellung eines eigenen Programms. Es wurde indessen doch der erste Punkt des von Kowalewsky erstatteten Berichtes mit großer Mehrheit angenommen; er handelt von einer auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählten Volksvertretung mit zwei Kammern.

### Der Richter Schwalow.

Moskau, 18. Juli. Die gerichtliche Untersuchung gegen den Verüber des Attentats auf den Grafen Schwalow Kulkowsky ist beendet. Kulkowsky, der im Jahre 1901 wegen Beteiligung an einer Geheimdruckerei auf sechs Jahre nach der Provinz Jakutsk deportiert worden, von dort aber entwichen war, wird zur Aburteilung vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

### Die Urnruhen in der Marine!

Aus Kronstadt laufen, wie dem „L.A.“ vom 19. d. M. gemeldet wird, neuerdings „beunruhigende Nachrichten“ ein. Die Mannschaften mehrerer Kriegsschiffe sollen den Gehorsam verweigert haben. Die Schiffe mit unzuverlässiger Besatzung werden unter den Kanonen des Forts gehalten, um allen Eventualitäten vorzubeugen.

Eine Petersburger Meldung der „B. Z.“ sagt: „Durch Untersuchung ist nunmehr festgestellt worden, daß die Marineoffiziere in allen Kriegsschiffen vom Geist der Meuterei angefaßt sind. Die Doffejaer Vorgänge haben auf die Matrosen eine begeisterte Wirkung geübt. Dieser Erscheinung gegenüber ist das Marineministerium gänzlich machtlos. Das einzige Mittel zur Vorbeugung von Meutereien wäre die Verlegung der Offiziere und Mannschaften und dieses soll auch versucht werden. Es wurde Order gegeben, die Marineoffiziere vom Schwarzen Meer an die Doffeja zu verlegen, und umgekehrt werden Offiziere von der Doffeja nach dem Schwarzen Meer geschickt. Bezeichnend ist, daß auch Armeeooffiziere zum Seedienst abkommandiert werden. Die Kronstädter Gardemarine erscheint besonders verdächtig und daher ist schon die Abschließung eines Teiles der Matrosen nach Nikolajew angeordnet.“

### Revolte im Gefängnis.

Warschau, 19. Juli. Im Gefängnis zu Dwinz! brach eine Revolte aus, weil die dort internierten politischen Gefangenen zwei jüdische zum Tode verurteilte Gefangene befreien wollten. Erst nachdem ein größeres Militärabgeschot herbeigeführt wurde, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Bei vielen Gefangenen wurden Revolven beschlagnahmt. Zwei Mann wurden getötet, sechs schwer verletzt.

### In Czestochau und Sosnowice.

Im Kreise Czestochau wird durch Proklamationen die Vereinigung sämtlicher sozialistischen Parteien bekanntgegeben. Täglich kommt es zu Zusammenkünften zwischen Arbeitern und Gefangenen. Vorgefesselt wurde ein Anführer des Gefängnisses erschossen und mehrere Angehörige schwer verletzt. Die Taten sind geschloffen. Im Sosnowicer Revier erfolgen sorgfältig Verhaftungen von Arbeiterführern.

Am Dienstag wurden, so wird telegraphisch gemeldet, auf den Straßen „Sokolad“ und „Saturn“ 70 Mann verhaftet.

## Bauernruhen.

Augenblicklich finden nicht mehr so viele Bauernruhen statt wie noch vor einigen Wochen. Aber diese Ruhe ist nur vorübergehend. Die Verwaltungskreise haben bereits die Nachricht erhalten, daß die Agrarunruhen im Herbst, nach Beendigung der Feldarbeiten, mit besonderer Kraft hervorbrechen würden. Man ist um das Schicksal der Ernte besorgt, da es bei der in vielen Gouvernements zu befürchtenden Missernte sehr leicht zu Plünderungen und Exzessen kommen kann. Diese Beforgnisse erstrecken sich insbesondere auf die südlichen Gouvernements und die Ostseeprovinzen. Wie es heißt, will die Regierung diesmal die strengsten Maßregeln treffen, um die Unruhen im Keime zu ersticken. Allein vom Wollen bis zum Können ist für die russische Regierung der Weg recht weit.

Spezielle Nachrichten besagen noch folgendes: Im Saratow'schen Gouvernment und im Wolgagebiet herrscht Dürre und Hungernot. Die Bauern sind im Aufruhr. Militär ist auf die Güter abkommandiert worden.

Die Arbeiter auf den Gütern in den Ostseeprovinzen sollen einen Aufstand für Ende August in Aussicht genommen haben.

## Der Bankrott.

Den „Kowosti“ zufolge ist das Syndikat Petersburger Banken, welches die Realisierung einer neuen inneren Anleihe von 150 Millionen Rubel übernommen hatte, zum Schluß gekommen, daß es gegenwärtig unmöglich sei, die Anleihe zu realisieren.

## Die neue „Pressfreiheit“.

Endlich ist die Pressfreiheits-Novelle aus der betreffenden Kommission aus Tageslicht gekommen. Da entpuppt sich die Hauptmodifikation als ein reaktionärer Versuch, die Presse weiter zu knebeln. Was jetzt galt die Bestimmung, daß drei Ministerien ohne weiteres eine Zeitung inhibieren konnten. Dies ist nun aufgehoben worden. Formell ist scheinbar eine Erleichterung geschaffen worden, da von nun an der Minister des Innern einen Antrag betreffs Zuhilfenahme einer Zeitung an den Senat, also an ein Kollegium zu richten hat, das in rechtlicher Form erst die Berechtigung des Antrages prüfen muß. Aber nun kommt der Haken: Bis zur Entscheidung des Senats kam der Minister vorläufig aus eigener Machtvollkommenheit die betreffende Zeitung verbieten. Was das heißt, wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Entscheidungen des Senats gewöhnlich nach vielen Monaten, manchmal sogar erst nach Jahren getroffen werden. Mit anderen Worten, die Presse wird stets das Damoklesschwert des Willens eines einzigen Ministers über sich haben und ganz und gar dessen willkürlichen Wünschen ausgeliefert sein.

## Ein Zensurfuß.

Der „Russ. Korresp.“ liegt eine Nummer eines unter Präventivzensur erscheinenden russischen Provinzialblattes, des „Lambowski Golos“, vom 6. Juli vor. Sie enthält fast mehr leere Spalten als Mitteilungen. Die freien Flächen tragen nur die Aufforderung zur Erneuerung des Abonnements auf den „Lambowski Golos“. Diese Aufforderung ist nicht übermäßig verlockend, da der Leser dank der weiten Fortzüge der Zensur weder über wichtige örtliche oder provinzielle Ereignisse, noch über die Situation, in der sich sein Vaterland befindet, unterrichtet wird.

## Der Krieg in Ostasien.

### Witte über die Friedenskonferenz.

Der Präsident des russischen Ministerkomitees, Witte, empfing am Dienstag in Petersburg einen Vertreter der „Associated Press“. Auf die Bemerkung desselben, daß die Welt die Ernennung Wittes zum Friedensvollmächtigten so auffasse, als ob Rußland Frieden um jeden Preis wolle, antwortete der Minister: „Nein! Der Kaiser hat mich zu seinem außerordentlichen Vorkämpfer ernannt, um Gewißheit zu erlangen, ob es möglich sei, Frieden zu schließen. Meine persönlichen Ansichten sind von untergeordneter Bedeutung. Ich habe vom Kaiser genaue Weisungen erhalten. Die letzte Entscheidung verbleibt ihm. Der Kaiser wünscht den Frieden, aber ich fürchte sehr, daß die japanischen Bedingungen solche sind, daß wir nicht zu einem Vertragsabschluss kommen können. Ich gestehe offen, daß ich zur Friedenspartei gehöre und daß ich vor dem Kriege die Aufrechterhaltung des Friedens begünstigte. Daher bin ich sicher, wenn ich berichte, Japan's Bedingungen seien unannehmbar, daß dann das russische Volk sich durchaus an mein Urteil halten wird. Rußland ist nicht vernichtet. Die Unruhen im Innern sind sehr ernst, doch wird die weltliche Bedeutung dessen, was vorgeht, im Auslande nicht erkannt. Rußland kann nicht mit westlichen Mächten gemessen werden. Es gleicht einer großen Familie, die durch innere Zwistigkeiten zerfallen ist; doch werden diese Spaltungen verschwinden, falls das Volk die Integrität des Landes und seine Zukunft in der Geschichte als gefährdet erkennen sollte. Wir machen eine große innere Krisis durch, die durch viele erste Ereignisse gekennzeichnet ist, und es mögen uns noch viele andere bevorstehen, doch wird die Krisis vorbeigehen und Rußland wieder eine der vorherrschenden Mächte im europäischen Konzert werden.“

Diese Aeußerungen Wittes klingen nicht gerade zuversichtlich! Hoffst der Zar noch auf das Waffenglied?

Petersburg, 10. Juli. In der Audienz, welche der Zar Herrn von Witte vor seiner Abreise erteilte, soll der Kaiser die Ansicht ausgesprochen haben, er verziehe darauf, daß Rußland doch noch in der Mandschurei siegreich sein werde. Witte soll den Standpunkt vertreten, daß weder eine Kriegsentwässerung oder eine Landabtretung an Japan gerechtfertigt sei.

Falls der Zar wirklich noch so verbündete Anschauungen hegen sollte, müßten ihm die Japaner allerdings erst noch weitere schlagende Beweise seiner Ohnmacht beibringen. Fraglich wäre es allerdings, ob die mandchurischen Truppen noch genügt sind, für den Zerfall ihres Landes und den Mord ihrer Brüder noch ihr Blut zu verspritzen.

### Steht die Einschließung Wladivostok bevor?

London, 10. Juli. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Laut Nachrichten der japanischen Presse aus Schanghai, ist eine japanische Armee nördlich Wladivostok gelandet und liegt kein Grund vor, diese Tatsache länger geheim zu halten. Die Russen, die sich darauf vorbereiteten, den Hauptwiderstand am Bestufer des Lumen zu leisten, sind jetzt vollständig überfallen und können den Vormarsch nicht aufhalten. Die vollständige Einschließung von Wladivostok wird bald vollzogen sein.

Tokio, 10. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Admiral Komimura meldet unter dem 18. Juli: Eine japanische Torpedobootzerstörer-Flottille hat wiederholt die russischen Patrouillen und Posten an der Koschiküste Korea beschossen. Russische Artillerie beschuß die Flottille bei Jusikan, wurde aber von den Torpedobootzerstörern zum Schutze gebracht und vertrieben.

### Wiederherstellung der Port Arthur-Flotte.

Tokio, 18. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Ein von Port Arthur hier eingetroffener Offizier berichtet, daß die Beschädigungen der gesunkenen russischen Schiffe geringer im Umfang sind, als man angenommen hatte. Man habe gewußt, daß die Russen im Innern der Schiffe Sprengstoffe zur Explosion brachten und habe daher schwere Beschädigungen erwartet, doch seien die wichtigsten Teile der Schiffe auf falligerweise unverletzt gefunden worden. Am

schwersten beschädigt sei der „Bajan“, welcher in den Hafen geschleppt wurde. Der „Pereswjet“ sei imstande, mit seinen eigenen Maschinen zu fahren. Beide Schiffe würden demnächst zur vollen Reparatur nach Japan gebracht. Man hoffe sogar, die sehr schwer beschädigte „Ballada“ Mitte August und vorher noch „Retwisjan“ und „Pobjeda“ flottzumachen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Vereinigung der Raser usw.

In der Stichwahl für die Besetzung der beiden Stützbeamten der Filiale Berlin ist der Kollege G. Siech gewählt.

Die Wahlkommission.

Achtung! Arbeiter, Schlosser, Schmiede, Maschinisten, Zimmerer! In den Betrieben der Englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend bestehen Differenzen infolge Wahregelungen. Wir bitten die Betriebe zu meiden.

Ordnungsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeindegewerkschafter.

### Deutsches Reich.

#### Der Härderstreik in Meerane.

Meerane i. S. (Eig. Ber.) Am Dienstag früh traten hier circa 550 Härder- und Appreturarbeiten in den Ausstand. Diese Lohnbewegung ist bereits anfangs dieses Jahres eingeleitet worden. Die Unternehmer verstanden es, die Arbeiter bis jetzt hinzuhalten und handelten jedenfalls in dem Glauben, ihre Arbeiter zu ermüden und sie hoffnungslos zu machen. Die Forderungen der Arbeiter sind sehr minimal. Es handelt sich bei dieser Bewegung in der Hauptsache darum, einen einheitlichen Lohnsatz und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herbeizuführen. Die Meeraner und Glauchauer Garnfärbereibetriebe, die dem sächsisch-thüringischen Härderverein nicht angehören, sondern eine eigene Organisation bilden, haben vor einigen Wochen mit ihren Arbeitern einen Tarif abgeschlossen, und zwar auf dem Wege friedlicher Verhandlung. Dabei wurden allerdings die eingereichten Forderungen wesentlich herabgemildert, aber trotzdem eine nicht unbedeutende Aufbesserung der Löhne für die Arbeiter dieser Betriebe erzielt. Diesen auf diese Weise zustande gebrachten Tarif sollten nun auch die obengenannten vier angeschlossenen Betriebe anerkennen. Es wurden ihnen seitens der Arbeiter mehrmals Verhandlungen angeboten, jedoch ohne Erfolg. Die Unternehmer verweigerten die Arbeiter an den Ring und dieser verweigerte sie wieder an die Arbeitgeber, bis schließlich eine Generalversammlung des Ringes am 13. Juni den angebotenen Streik für ungerechtfertigt erklärte und — sich weitere Maßnahmen vorbehielt. Die Meeraner und Glauchauer Härderarbeiter traten infolge dieser Ablehnung aller Verhandlungen am Dienstag in den Ausstand. Die bisherigen Löhne müssen als ganz unzureichende bezeichnet werden. Bei 11stündiger Arbeitszeit verdienen die Meeraner Härderarbeiter pro Woche 13 M., wovon noch die Beiträge für Krankenkasse usw. in Abzug gebracht werden. Dabei hat gerade Meerane außergewöhnlich hohe Lebensmittelpreise. Diese sind meist höher als in den Großstädten. Die Lebenslage dieser Arbeiter ist daher eine sehr gedrückt. Wo die Frau nicht mit verdienen kann, ist der Hunger ständiger Gast. Es ist höchste Zeit, daß die Löhne dieser Arbeiter aufbessert werden. Die Unternehmer rechnen auf Zuzug aus Böhmen. Es ist somit Sache unserer böhmischen Genossen, darauf zu achten, daß sich ihre Arbeitsbrüder nicht allzu sehr nach den Meeraner Fleischtöpfen sehnen. Dies kann kaum ein Auli leben. Die Textilproben versprechen sich aufs Ausbeuten. Ihr Reichtum wächst so rapid, wie die von ihnen ausgehungerten Massen der Verelendung verfallen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse die streikenden Härder von Meerane und Glauchau tatkräftig unterstützt, wie sie das bei dem Meeraner Weberstreik getan hat, dann werden auch diese gleich jenen aushalten im Kampfe, bis alle ihre Forderungen erfüllt sind. Dann werden auch diese Arbeiterkategorien, die man, leider mit Recht, bisher noch zu der großen Klasse der Indifferenten zählte, sich einreihen in die Kolonnen des Klassenbewußten Proletariats und auch sie werden sich der Sympathie der deutschen Arbeiterklasse würdig erweisen.

Die Differenzen im Baugewerbe in Jena sollten, wie bürgerliche Blätter melden, nunmehr endgültig beigelegt sein. Das ist aber nicht der Fall. Allerdings haben die Maurer nach mehrwöchigem Kampfe die Arbeit wieder aufgenommen, dagegen hatten die Zimmerer aus. Die Aussichten für sie sind sehr günstig. Vor einigen Tagen haben zwischen Vertretern der Meister und der Gehälfen Einigungsverhandlungen stattgefunden, monoch den Gehälfen sofort ein Lohnzuschlag von 2 Pf. und im nächsten Jahre ein dritter Pfennig gewährt werden soll. Der neue Tarif soll bis 1. April 1907 gelten. Trotzdem die Parteien geneigt sind, sich auf obiger Basis zu verständigen, ist ein neuer Arbeitsvertrag noch nicht abgeschlossen worden, da die Zustimmung der Innung noch nicht erfolgt ist. Vorher kehren auch die Gehälfen nicht zur Arbeit zurück.

#### Zur Bauarbeiter-Ausperrung in München.

München, 18. Juli. (Eig. Ber.)

Eine „säkralische“ Entdeckung machte die von den Scharfmachern gewählte Kommission, die die übliche Aufgabe hat, jene Bauheften, wo die Arbeiter immer noch nicht ausgedrückt sind, auf die Wirkung der von den Schleifsteinbrechern in Szene gesetzten Materialsperrung zu kontrollieren. Da müssen nun die Herren die Wahrnehmung machen, daß trotz der mit allen unerlaubten Mitteln in Szene gesetzten Materialsperrung auf diesen Bauten weiter gearbeitet und bei jedem Besuche stets von neuem Baumaterialien aufgestapelt sind! Die von den Schleifsteinbrechern angestellten Recherchen ergaben, daß in den ersten Tagen der vergangenen Woche fünf Waggons Baumaterialien — auf Rechnung des Zentralverbandes der Maurer in München eingetroffen sind und bei den Baumeistern, die allen Verurteilungen und Expulsionsversuchen der Scharfmacherstippe Stand hielten und nicht aussperrten, reichend Absatz fanden! Dabei erklären diese Unternehmer, daß sie noch nie so billig und vorteilhaft eingekauft haben, als zurzeit! Infolge dieser Tatsachen fallen die Werkverträte, die sich leichtfertig verpflichtet, für die Dauer der Aussperrung keine Baumaterialien zu liefern, trotz des gegebenen Ehrenwortes um wie die Fliegen! Viele von ihnen nehmen wieder wie früher Bestellungen an.

Gestern nachmittag wurden unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts Dr. Brenner die am Donnerstag voriger Woche abgebrochenen Verhandlungen, über die wir schon berichtet haben, vor dem Gewerbegericht fortgesetzt. Wie ebenfalls schon berichtet, haben die in Betracht kommenden Organisationen das Ergebnis der Unterhandlungen inzwischen einmütig abgelehnt und wurden die diesbezüglichen Resolutionen den Scharfmachern in der gestrigen Sitzung unterbreitet.

Nach längerer Unterhandlung zeigten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes scheinbar — aber auch nur scheinbar — ein „Entgegenkommen“, indem sie die unterste Grenze des von ihnen festgehaltenen Durchschnittslohnes etwas hinaufsetzten, dafür aber den Durchschnittslohn erniedrigten, so daß beispielsweise die niederste Lohnklasse eines Maurers 49 Pf., der Durchschnittslohn aber nur 52 Pf. betragen würde, so daß sechs (!) Lohnklassen geschaffen würden. Weiter wählte der Vertrag für alle in Betracht kommenden Berufe bis 1908 Geltung haben und so abgeschlossen werden, daß er für alle Berufe an einem Termine endigt! Des weiteren haben die Scharfmacher die Strenge, von den Organisationen zu verlangen, daß dieser ihr letzter Vorschlag ohne jede Vorberatung den Versammlungen unterbreitet und angenommen werde, anderenfalls sie überhaupt nicht mehr vor dem Gewerbegericht erscheinen würden.

Die Frage des Gewerbegerichts Dr. Brenner, ob damit auch der Revers zurückgegeben sei, beantwortete der Ober-Scharfmacher Revadig dahin, daß der Revers für den Arbeitgeber-

verband überhaupt keinen Wert habe, da er nur von ihm als eine statische Maßnahme angesehen wurde! Man wollte damit nur herausbekommen, wie die Arbeiter gefinnt und wie viel organisiert seien! Als hierauf Dr. Brenner meinte, daß damit auch die Aussperrung aufgehoben werden könnte, antworteten die Scharfmacher prozig: Die Aussperrung wird unter keinen Umständen aufgehoben; das fällt uns gar nicht ein, uns preßiert's mit der Aufhebung der Aussperrung gar nicht (!!!), sie wird im Gegenteil noch verschärft. —

Nun, das wird die Zukunft lehren. — Die Tischlermeister haben die Aufforderung des Scharfmacherverbandes, bis zum 8. Juli die Holzarbeiter auszusperrn, unbeantwortet gelassen. Die Tischlermeister haben von der Scharfmacher-Aussperrung noch genug und wissen noch genau, wie sie damals von dem Scharfmacherproletariat hinter das Licht geführt wurden. Und die Mäntelner Glasmalereien haben die Aufforderung der Glaserinnung, sich ebenfalls an der Aussperrung zu beteiligen, in aller Form abgelehnt!

Die Münchener Bauarbeiter, die nach wie vor geschlossen und einzig zusammenstehen, werden auch dieses Ergebnis in den heute stattfindenden Versammlungen abermals einmütig ablehnen. Und so werden sich die Münchener Scharfmacher mit der Tatsache vertragen machen müssen, daß sie die Relegierten ihrer mehr wie fonderbaren „statistischen Maßnahmen“ tragen werden müssen.

## Soziales.

Die Zentral-Krankenkasse der Maurer usw. „Grundstein zur Einigkeit“ hält zurzeit in Leipzig ihre Generalversammlung ab.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes ist sehr umfangreich. Da das am 29. September 1902 von neuem bei der Aufsichtsbehörde eingereichte Statut nicht genehmigt wurde, mußte eine neue Generalversammlung berufen werden, die eine ganze Reihe Statutenänderungen vornahm. Die durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz notwendig gewordenen Veränderungen wurden bei dieser Gelegenheit mit berücksichtigt. Seit dem letzten Geschäftsbericht haben 157 und 5 gemeinschaftliche Sitzungen stattgefunden, wobei 1905 Fälle verhandelt wurden. Wenn nach dem vorigen Geschäftsbericht die Kasse in 247 Verwaltungsjahren 20 047 Mitglieder zählte, so weist sie jetzt nach der Abrechnung des ersten Quartals dieses Jahres in 280 Verwaltungsjahren 29 604 Mitglieder auf. Durch die Mehrarbeit mußte ebenfalls eine neue Hilfskassa angelegt werden. Von den in den drei Jahren von 1902 bis 1905 eingetretenen 27 588 Erkrankungsfällen waren 5128 durch Betriebsunfälle veranlaßt. Am Schlusse des Jahres 1904 betrug das Gesamtvermögen der Kasse 687 742,47 M., am Schlusse des ersten Quartals 1905 dagegen nur noch 631 424,41 M., mithin 56 318,06 M. weniger. Soll die Höhe des am Schlusse des Jahres 1904 vorhandenen Vermögens erreicht werden, dann müssen noch 44 000 M. Ueberschuß gemacht werden. Um Einnahme und Ausgabe ins richtige Gleichgewicht und den Reservefonds auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe zu bringen, wird sich eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen. Die Mehrbelastung der Kasse ist einestheils darauf zurückzuführen, daß die bisherigen Beiträge seit elf Jahren bestehen, inzwischen aber das Krankenlohn erhöht worden ist, andererseits durch die Erweiterung der Unterstützungszweige, wie sie die neue Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vorschreibt. Die Generalversammlung wird also eine Erhöhung der Beiträge beschließen müssen, wenn die Leistungen der Kasse nicht herabgesetzt werden sollen.

In Erwägung, daß an eine Zwangsversicherung der Familienangehörigen nicht zu denken ist, bei freiwilliger Versicherung aber die Gefahr besteht, daß sich in der Hauptsache nur Familien anschließen, die die Kasse oft brauchen, werden die Anträge auf Einführung der Familienunterstützung abgelehnt. Der Vorstand gibt den Delegierten anheim, für lokale Unterstützungskassen zu agitieren. Von der Einführung der freien Arztnahme sieht man ab, da jede Kontrolle über die Höhe künftiger ärztlicher Ansprüche fehlt und der Kasse namentlich durch die Mitglieder, die auf dem Lande und in kleinen Städten wohnen, dadurch unverhältnismäßig hohe Kosten entstehen würden. Nach einem Antrage, die Steinbauer wieder in die Kasse aufzunehmen, konnte man noch nicht statgeben.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Sensivologreß in Moskau.

Moskau, 10. Juli. (Beitrag des „Russ. Korresp.“.) Heute mittag 1 Uhr wurde der russische Sensivologreß unter Vorsitz des Grafen Halden eröffnet. Der Polizeimeister verbot den Kongreß weil er ungesetzlich sei. Alle Teilnehmer verpflichteten sich jedoch durch Unterschrift für die Abhaltung des Kongresses.

Anwesend waren 80 Stadtverträte und 180 Sensivodeträte. Die Diskussionen waren äußerst reg.

Moskau, 10. Juli. (W. Z. B.) Der Kongreß der Sensivod und Bürgermeister gab, nachdem er über den Plan einer von Bulgjin zusammengesezten Gossudarstwenaja-Duma verständig worden war und den Bericht des Organisationsbureaus gehört hatte, sein Urteil dahin ab, daß die Verwirklichung des Planes Bulgjins oder eines anderen, auf ähnlicher Grundlage ausgearbeiteten und daher für die Schaffung einer Nationalversammlung in der wahren Bedeutung des Wortes ungeeigneten Planes nicht dazu angetan sein würde, die Ruhe im Lande wiederherzustellen, der drohenden Gefahr entgegenzutreten, Rußland von dem Zustande der Anarchie zu befreien und es auf den Weg einer friedlichen, normalen Entwicklung auf Grund einer festen Staatsordnung zu führen.

### Attentat auf den Gehälfen des Gouverneurs.

Gelsingfors, 19. Juli. (W. Z. B.) Als der Gehälfen des Generalgouverneurs, Scheimat Deutrich heute nachmittag gegen drei Uhr das Senatgebäude verließ, warf ein unbekannter Mann eine Bombe gegen ihn, wodurch er an der Hand, auf dem Rücken und an den Beinen verletzt wurde. Der Attentäter flüchtete und wurde von russischen Seeladetten verfolgt, entkam aber.

### Bom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 19. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Hier glaubt man allgemein, daß die Bodengehaltung der Gegend hinter Manku auf Sachalin, wo die Russen nach der Niederlage bei Dalime halt machten, einen weiteren Rückzug nach Norden nicht gestattet. Munitionsmangel wird vermutlich die Russen bald zur Uebergabe zwingen.

Meerane, 19. Juli. (W. Z. B.) Die die Meeraner Zeitung“ berichtet, hat die sächsisch-thüringische Härderkonvention, der 25 Firmen angehören, wegen des Ausstandes der Härderarbeiter bei den Firmen J. S. Vornemann und C. Radtke beschloffen, vom Montag ab die Betriebe zu schließen, wenn die Weiterarbeit bei den genannten Firmen bis Sonnabend nicht ermöglicht sei. Das Nachgeben der Ausständigen erscheint unwahrscheinlich, da sich ihre Zahl weiter vermehrte. Auch in Glauchau sind weitere 40 Mann in den Ausstand getreten. In Gera sind 100 Mann entlassen worden, weil sie Ueberstunden verteidigten.

Gelsingfors, 19. Juli. (W. Z. B.) Das Polizeigericht verurteilte heute Jochent, welcher am 5. Februar das Attentat auf den Staatsprokurator Johnson verübte, zu lebenslanglichem Zuchthaus.

Neunte Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

Im festlich geschmückten Saale des Etablissements Hamer zu Hamburg trat am Montag die Generalversammlung zusammen.

Der Verbandsvorsitzende, Bösch-Weipzig, teilt mit, daß der Sekretär des Verbandes deutscher Konsumvereine, Kaufmann-Hamburg, in einem Schreiben seinem Bedauern Ausdruck verleihe, daß er der Einladung zum Erscheinen nicht Folge leisten könnte.

Den Geschäftsbericht, der gedruckt vorliegt, erläutert der Verbandsvorsitzende. Die Mitgliederzahl ist im vergangen Jahre von 1118 auf 1846 gestiegen und beträgt jetzt 1800.

Mit der Haltung des Vorstandes und des Fachorgans ist man im allgemeinen einverstanden, dagegen wird Klage erhoben gegen die Leitung des Handlungsgehilfen-Verbandes, die beim Werden von neuen Mitgliedern oft die gesteckten Grenzlinien überschreite.

Empfohlen wird, bei Anlage des Verbandsvermögens äußerste Vorsicht zu gebrauchen, damit nicht, wie beim Zusammenbruch des Connewitzer Konsumvereins, der Verband geschädigt werde.

Ueber die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine referiert Friedrich-Redden, welcher die Vorgesichtskasse der mit dem 1. Januar 1905 ins Leben tretenden Kasse schildert und seiner Verwunderung Ausdruck verleiht, daß die maßgebenden Personen die Angestellten nicht zu den Vorarbeiten herangezogen hätten.

In der Debatte über diesen Punkt warnt als erster Redner Kaufmann vor dem Mißtrauen, welchem der Referent anfangs seiner Ausführungen Ausdruck gab. Es handle sich um ein Werk von großer Tragweite für die Angestellten.

Der neunte Verbandstag der Lagerhalter Deutschlands begrüßt den Beschluß des Stuttgarter Genossenschaftstages, eine Unterstützungskasse für alle Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften ins Leben zu rufen, als die Erfüllung einer sozialen Pflicht.

Die russische Inquisition.

Vor einiger Zeit erschien ein Buch, das den Titel „Die Inquisition der russisch-orthodoxen Kirche“ und den Untertitel „Die Klostergefängnisse“ trägt. Der Titel mutet ganz entschieden sensationell an, wie heutzutage bei vielen Büchern, die einen gar mageren Inhalt haben.

Man sieht in diesen Zellen — 10, 15, 20, 30, 40, 50 Jahre! (S. 42, 46); man sitzt ohne Angabe der Strafzeit, bis zum Tode, bis man die Verleure und Kezerei bereut und Abbitte tut!

Man bewacht die Zelle, wenn man im höchsten Grade wahnsinnig geworden ist, wenn alle Verwandten und Bekannten schon tot, wenn alle Beziehungen zu der äußeren Welt verschollen sind, wenn der Gefangene flehend bittet, ihn in der Zelle, in der seine Jugend, sein Leben, sein Verstand eingescharrt wurden, das Ende seiner Tage abwarten zu lassen.

Man bewacht die Zelle, damit die Gefangenen nicht toben und ihrer Verleure nicht huldigen. Die meisten Gefangenen sind tief-

leben tritt, die Angestellten und Arbeiter in mehr als einer Hinsicht nicht befriedigt, so verkennt der Verbandstag doch nicht die Gründe, welche die Mehrheit des Genossenschaftstages veranlaßte, ungeachtet dieser Mängel für die sofortige Verwirklichung der Kasse einzutreten.

Der Verbandstag erwartet, daß die Genossenschaften und ihre Angestellten gemeinsam bemüht sein werden, diese Mängel der Kasse zu beseitigen, noch ehe deren Leistungen in Wirksamkeit treten, und daß besonders die Organisationen der in Genossenschaftsbetrieben tätigen Angestellten und Arbeiter unausgesetzt in diesem Sinne tätig sind.

Im Interesse einer möglichst raschen einheitlichen korporativen Aufnahme des gesamten Genossenschaftspersonals erachtet es der Verbandstag zunächst aber als die Pflicht aller Verbandsmitglieder, sofort an ihre Verwaltungen mit dem Antrag auf Beitritt zur Kasse heranzutreten und in Kollegenkreisen eine energische Agitation nach dieser Richtung hin zu entfalten.

Die Statutenberatung endete mit der Annahme einer Anzahl Anträge, von denen folgende hervorzuheben seien: Der Beitrag pro Monat bleibt auf 1,25 M. bestehen. — Die Gemahrgeldest-Unterstützung beträgt wöchentlich 15 M. und kann bis zur Dauer von 13 Wochen gewährt werden.

Die nächste Generalversammlung findet in Leipzig statt. Die obligatorische Erhebung eines Extrabeitrages wird mit dem Hinweis bekämpft, daß es noch Vereine gebe, wo der Lagerhalter mit Weib und Kind bei sechzehnständiger Arbeitszeit wöchentlich 15 M. verdiene.

Ueber die „Revisioun unserer Mindestforderungen“ referiert Friedrich-Weipzig, der den Entwurf der Kommission zur Annahme empfiehlt.

A. Geschäftszeit, freie Zeit und Umsatz. 1. Einführung des Rühr- und Ladenschlusses. 2. Geschäftsschluss an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen.

B. Gehalt und Wohnung. Die Entlohnung geschieht nach festen Gehaltsstufen, die von den Bezirken nach den örtlichen Bedürfnissen unter Zustimmung des Vorstandes festzusetzen sind.

Die Entlohnung geschieht nach festen Gehaltsstufen, die von den Bezirken nach den örtlichen Bedürfnissen unter Zustimmung des Vorstandes festzusetzen sind. Die Steigerung des Gehalts muß mindestens 60 M. pro Jahr betragen.

religiöse, gläubige Menschen; sie wollen beten, da es schon längst ein unentbehrliches Bedürfnis für sie geworden ist; aber es ist schwer, zu beten, wenn man jeden Augenblick das argwöhnische Auge des wachhabenden Soldaten auf sich gerichtet fühlt.

Im August 1902 wurde aus dem Suddalschen Klostergefängnisse Wassili Wassilowitsch Rachow, aus Archangelst gebürtig, entlassen, nachdem er volle acht Jahre in der Einzelhaft in den Klosterklostermatten gefesselt hatte.

Im August 1902 wurde aus dem Suddalschen Klostergefängnisse Wassili Wassilowitsch Rachow, aus Archangelst gebürtig, entlassen, nachdem er volle acht Jahre in der Einzelhaft in den Klosterklostermatten gefesselt hatte.

Man erfährt, daß er inzwischen den ganzen russischen Sibirien durchwanderte und in Palästina war. Endlich kommt er nach Odesa, dem Schauplatz der letzten märchenhaftesten aller revolutionären Eruptionen.

Man erfährt, daß er inzwischen den ganzen russischen Sibirien durchwanderte und in Palästina war. Endlich kommt er nach Odesa, dem Schauplatz der letzten märchenhaftesten aller revolutionären Eruptionen. Hier läßt er sich, wie er es gewohnt, in einer Vorstadt nieder und kommt mit deren Bevölkerung, die aus Arbeitern, Bettlern und Vorfählern bestand, in Verbindung.

bergleichen gewährt wurden, sind Kompromisse zwischen den Verwaltungen und den Lagerhaltern auch ferner zulässig.

Die weiteren Bestimmungen regeln die Krankobergütung etc. Eine eventuell zu stellende Kautions darf die Höhe von 500 M. nicht übersteigen, muß mündelicher angelegt und zum landesüblichen Zinssfuß verzinst werden.

Die Entschädigung des Vorstandes wird für die zweijährige Geschäftszeit auf 1000 M. festgesetzt.

Rachow der seitherige Verbandsvorsitzende auf eine Wiederwahl verzichtet, wird Reindorff-Leipzig zu diesem Amt gewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Berlin.

Die Freie Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg

hielt am Sonntag in den „Arminhallen“ in Berlin ihre zweite Jahreskonferenz ab. Erschienen waren 58 Delegierte von 34 Orts-Krankenkassen mit 75 194 Mitgliedern, 2 Delegierte von einer Betriebs-Krankenkasse mit 112 Mitgliedern, 3 Delegierte von 3 Hilfskassen mit 1005 Mitgliedern, 1 Delegierter von 2 Innungskassen mit 192 Mitgliedern, zusammen 62 Delegierte von 40 Kassen mit 76 503 Mitgliedern.

Simanowski gab den Geschäftsbericht. Die Vereinigung wurde im November 1904 gegründet. Es gehören ihr offiziell 16 Kassen mit 38 700 Mitgliedern an. Vereinnahmt wurden 495,35 M., verausgabt dagegen 1357,50 M.

Die Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgegend ist zu einer Freien Vereinigung der Krankenkassen Berlins und der Provinz Brandenburg erweitert, deren Verwaltung von der bisher an der Spitze der alten Organisation stehenden Zentral-Kommission und neun von Krankenkassen außerhalb Berlins zu wählenden Mitgliedern geführt wird.

Es mochte darauf aufmerksam, daß es sich hierbei nicht um einen Verband im Sinne des § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes handelt und daß daher die Leistung von Beiträgen seitens der Krankenkassen an die Freie Vereinigung oder überhaupt die Verausgabung von Kassengeldern im Interesse der Vereinigung mit dem Gesetz im Widerspruch stehen würde.

Den Gemeindevorstand ersuchte ich als Aufsichtsbehörde, mit Sorgfalt darüber zu wachen, daß im Falle eines Anschlusses an die Vereinigung den seiner Aufsicht unterstellten Krankenkassen jedenfalls daraus keine Unkosten erwachsen.

Natürlich wurde der Erlaß des Herrn Regierungspräsidenten von den Kassenvorständen mit gebührender Hochachtung gewürdigt. — Nach lebhafter Diskussion, in der vor allem die Notwendigkeit des Zusammenschlusses anerkannt wurde, um den Organisationen der Arznei und Apotheken gewachsen zu sein, erklärte sich die Konferenz mit der Tätigkeit der Verwaltung einverstanden.

Jeden Abend kommen die reichen und wohlhabenden Leute im Theater zusammen; da beschließt Rachow, ohne viel zu überlegen, ins Theater zu gehen. Er nimmt im Parterre Platz. Das Theater war wirklich voll, fast alle Plätze waren besetzt.

Wald darauf zieht er wieder nach dem Süden und wird ein Jahr später auf dem Stappenwege aus Riew nach seiner Heimatstadt befördert. Als Rachow wieder nach Archangelst kam, ging er ganz in der Liebeshätigkeit für die Nächsten im Geiste des reinen Christentums auf. Seine Devise war: „Alles für die anderen, nichts für sich selbst.“

Im Winter verließ er, während es noch dunkel war, den Hof mit einem mit Mehl, Brot, Holz usw. beladenen Schlitten. Er machte vor bestimmten Hütten Halt, ließ an deren Schwelle Mehl oder Holz zurück und entfernte sich dann, ohne daß ihn jemand gesehen hatte.

Rachow hatte auf die armen Leute und die Arbeiter der Stadt einen wohlthuenden moralisierenden Einfluß. Und dieser seltene Altruist, der sein ganzes Leben dem Ideale des Evangeliums gemäß aufzubauen suchte, wurde auf Veranlassung der geistlichen Behörden in die Klosterverbannung geschickt und acht lange Jahre in der Klosterklostermatte als Kezer gehalten.

Rachow hatte auf die armen Leute und die Arbeiter der Stadt einen wohlthuenden moralisierenden Einfluß. Und dieser seltene Altruist, der sein ganzes Leben dem Ideale des Evangeliums gemäß aufzubauen suchte, wurde auf Veranlassung der geistlichen Behörden in die Klosterverbannung geschickt und acht lange Jahre in der Klosterklostermatte als Kezer gehalten.

\*) Brugatowin, Friedrich Schönebeck Verlag.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:  
Die heute, am 16. Juli, in den „Arminhallen“ zu Berlin versammelten Krankenkassen der Provinz Brandenburg sprechen ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die neue deutsche Arzneitaxe geschaffen wurde, ohne die Hauptarzneimittel, die deutschen Krankenkassen, zur Mitarbeit heranzuziehen.  
Die Krankenkassen erblicken in der bedeutenden Steigerung der Arzneitaxe gegenüber den an sich schon hohen Preisen der früheren preussischen Taxe, besonders für diejenigen Krankenkassen, die der Gnade der Apotheker ausgeliefert sind, eine schwere Schädigung der Interessen der Krankenkassen.  
Die Versammlung hat die Zusage, daß die Aufhebung der Staatseinkaufs v. Rosadowitz, es würden bei der alljährlichen Neugegestaltung der Taxe auch Kassenvertreter gehört werden, sich bewahren wird und daß diese Mitwirkung der Kassenvertreter eine gerechte Berücksichtigung der Krankenkasseninteressen bewirken wird.  
Die Krankenkassen verpflichten sich aber, auch ohne Mitwirkung gesetzlicher Organe durch eigene Kraft dafür zu wirken, daß durch Aenderung aller ihnen zu Gebote stehenden Rechtsmittel solche Arzneibezugsbedingungen geschaffen werden, daß die Interessen ihrer Mitglieder gewahrt bleiben.  
Abdank sprach Simanowski über:

„Der Ausbau unserer Organisation bezüglich des Vorgehens der Ärzte und Apotheker.“  
Er weist nach, daß namentlich die Provinzialkassen infolge ihrer isolierten Lage nur dann mit Erfolg den oft unberechtigten Forderungen der Ärzte und Apotheker entgegenzutreten können, wenn sie sich der Vereinigung anschließen und unter Mithilfe der Verwaltung neue Verträge abschließen. Neben gibt dann die Resultate der von der Verwaltung aufgenommenen Enquete bekannt. Daraus ergibt sich, daß von 69 Kassen nur zwei feste Verträge mit den Apothekern geschlossen haben. 67 Kassen erhalten von den Apothekern Rabatt, 13 nicht. In dieser Beziehung liegt noch vieles im Argen.  
Des weiteren kritisierte Redner die vom jüngsten Arztetat in Stralsburg beschlossenen Anträge und Forderungen. Diese stellen teils eminente Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen dar, teils sind sie unübersichtlich, wie z. B. die gesetzliche Festlegung der freien Arztetat.

Angenommen wurde hierzu folgende Resolution:  
Die am 16. Juli in den „Arminhallen“ zu Berlin versammelten Krankenkassen beauftragen die Verwaltung der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg, beim Abschluß von Verträgen zwischen Krankenkassen einerseits, Ärzten und Apothekern und anderen Lieferanten andererseits vermittelnd einzugreifen und den Krankenkassen beratend zur Seite zu stehen.  
Im Interesse der Krankenkassen liegt es, vor Abschluß solcher Verträge dieselben der Verwaltung zur Prüfung und Begutachtung vorzulegen.  
Zum nächsten Punkt wurde nachstehender Antrag der Allgemeinen Orts-Krankenkasse zu Rathenow angenommen: „Nach § 57a überwiesene Mitglieder anderer Kassen haben in Bezug auf die Bestimmungen dieses Vertrages als Mitglieder zu gelten.“  
In die Verwaltung wurden gewählt: Edermanns, Rathenow, Meyer-Spandau, Kessel-Fürstentum, Zapfel-Kortz, Salm-Ludensalbe, Schmidt-Müncheberg, Busch-Behden, Herrmann-Dahme, Kühn-Landsberg b. Velsitz. Als Tagungsort für die nächste Konferenz wurde wieder Berlin bestimmt.

## Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Fraktion des schweizerischen Nationalrates veröffentlichte heute auf den drei Wochen stattfindenden Parteitag in ihren Tätigkeitsbericht über die Zeit seit dem letztjährigen Parteitag. Der Bericht führt in aller Kürze die Fälle an, in denen unsere Genossen das Wort nahmen, um die Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Wir haben darüber jeweils in unseren Berichten über die Verhandlungen der schweizerischen Bundesversammlung Erwähnung getan. Auf eine gründliche Auseinandersetzung über die politische Polizei in der nächsten Herbstsession der Bundesversammlung ist die Fraktion getrieben. Der Bericht bemerkt schließlich, daß die Fraktion zu klein ist, zumal alle 6 Mitglieder noch durch ihre Amts- und Berufsgeschäfte und auch durch Kommissionsarbeiten stark in Anspruch genommen sind, um allen Fragen, welche das Parlament beschäftigt, diejenige Aufmerksamkeit und Tätigkeit widmen zu können, die im Interesse des Landes und unserer Partei wünschenswert wären. Sie muß sich daher auf das Beschränken, was ihr zu leisten möglich ist. Im übrigen sei ja im Referendumsstaat die Hauptarbeit unserer Partei draußen im Volke und nicht im Parlament zu tun. Und diese Hauptarbeit besteht in unablässiger Agitation und Organisation in Wort und Schrift zur Förderung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land.

Privatdozent Robert Seidel. Unser Züricher Genosse Robert Seidel, der ehemalige sächsische Weber, hat die Erlaubnis erhalten, sich am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich als Privatdozent für

Vater fürchtete, daß die strenge Einzelhaft den mystisch gestimmten Sohn besonders mitnehmen und geistig völlig zerrütten würde. Er hoffte immer durch Bitten, die er an verschiedene hochgestellte Persönlichkeiten richtete, die Freilassung seines Sohnes aus dem Klostergefängnis zu erreichen. Er hat, daß man ihn seiner Obhut anvertraue. Umsonst! Diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung: der alte Mann starb, ohne die Freilassung des Sohnes zu erleben. Nach langjähriger Haft war der Seelenzustand Radowskis völlig zerrütet. Er ist jetzt kaum fähig, weiter zu leben und zu arbeiten.

Man könnte annehmen, der Fall Nachow hätte aus unerhörten Versehen der Richter oder der Behörden stattgefunden. Professor v. Reu sner, der doch von der Sache als russischer Staatsrechtslehrer etwas versteht, tröstet in dem Geleitwort zu dem vorliegenden Buche in seiner Weise: es ist kein Einzelfall, es ist ein typischer Fall, ein System. Die orthodoxe Kirche ist eine polizeiliche Anstalt des schlimmsten Typus. Die Polizei hat dafür zu sorgen, daß die orthodoxen Christen fromm sind, alle Gebote der Kirche und alle Wünsche der geistlichen Behörden befolgen. Die Polizei hat die Pflicht, die individuelle und öffentliche Sittlichkeit einzelner Bürger zu beaufsichtigen. Der Abfall von der Orthodoxie wird mit Konfiskation des Eigentums, Wegnahme der Kinder und kirchlicher Verfolgung bestraft. Das Verbot zum jüdischen Glauben hat den Verlust der elementarsten öffentlichen und privaten Rechte zur Folge. Das Verbot zum evangelisch-christlichen Anschauen im Geiste des Barmherzigen, zu den rationalistischen Sekten (Stundisten, Tolstojaner, Duchaeborgen etc.) hat die Verbannung nach Sibirien oder Hinterkaulafus zur Folge. Ebenso werden die Anhänger mystischer Sekten, die religiöse Selbstkasteiung begehren (Schlytz, Stoppen) bestraft. Bestraft wird jeder, der so gar auf dem Wege friedlicher Unterhaltung versucht, einen orthodoxen Christen zu einer bereits existierenden oder zu einer neuen christlichen und sittlichen Sekte zu bekehren.

Kun wurde dem Jaren ein ausführlicher ausgearbeiteter Reformplan der Kirche vorgelegt. Der Jar hat den Reformplan abgelehnt, da die unruhigen Zeiten für dessen Durchführung nicht geeignet erschienen. Der russische Landesvater hat recht: es scheidet sich nicht in unruhigen Zeiten, Menschen aus den Kalematten zu befreien, weil sie wahre Christen waren. Er hat auch Verständnis: Leute, die nach religiösen Wahrheiten suchen, dürfen nicht in unruhigen Zeiten frei herumlaufen. Und da die Polizei in unruhigen Zeiten schon ohnedies zu tun hat, so macht es nichts aus, wenn sie sich auch der Religion annehme. Neuerdings sind ja unter den ungeheuren Papierfluten von Reformplänen auch einige ergangen, welche die Kriminalität der Regierung zu beseitigen verheißten. Das ist aber nicht mehr als ein Stück Papler, das die Mauern der Klostergefängnisse schwerlich sprengt. Gerade diese Klöße haben nur den einen Zweck: es sind Beweismittel für die Existenz der Greuel, die man in zivilisierten Ländern leicht für Phantasiegebilde hält.

Pädagogik und Geschichte der Pädagogik zu habilitieren. In seinem Hauptberufe wirkt Genosse Seidel als Sekundarlehrer (Reallehrer).

## Aus Industrie und Handel.

Die Zentrale für Viehverwertung über die Fleischnot.

Unsere Ausführungen über die Ursachen der jetzigen Vieh- und Fleischnot, speziell in dem „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ der Nr. 157 des „Vorwärts“ (vom 8. Juli) müssen die agrarischen Kreise arg verschmüpft haben, denn nachdem schon in voriger Woche die kleine agrarische Presse darauf mit allerlei Rätchen und Entstellungen das Geplänkel eröffnet hat, rückt jetzt auch die bekannte Zentrale für Viehverwertung mit dem schweren Geschloß einer sogenannten sachkundigen Widerlegung gegen unsere Darlegungen vor — allerdings etwas spät, denn seit dem Erscheinen des betreffenden Wochenberichts sind zehn Tage verstrichen. Man vorteilhaft hat jedoch diese langsame Bedächtigkeit die geistige Kollektivarbeit der „Zentrale“ nicht beeinflusst, denn die Widerlegung schiebt auf den wichtigsten unserer Feststellungen schon vorüber und hebt aus dem ganzen Artikel nur eine Ausführung hervor, um an diese anzuknüpfen. Weder vermag die „Zentrale“ unsere Ausführungen über die Preissteigerung des Schlachtwiechs, noch den Nachweis anzufechten, daß Deutschland unter allen Staaten Mittel- und Nordeuropas die höchsten Viehpreise hat, ja daß selbst in Paris die Viehpreise während der letzten drei Jahre beträchtlich unter dem Niveau der Berliner Viehpreise gestanden haben. Diese Nachweise lassen sich nicht gut wegleugnen, denn sie stützen sich auf amtliche Notierungen und Statistiken; so ignoriert sie die „Zentrale“ einfach, und wendet sich gegen einen Punkt, den sie für schädlich zu halten scheint. Doch auch dort gibt sie nicht den vollen Wortlaut unserer Auslassung wieder, sondern sticht ihn für ihre Zwecke derart zu, daß er einen anderen Sinn erhält. Wir hatten geschrieben:

„Die Grundursache der alle paar Jahre wiederkehrenden, den Haushaltdetat der ärmeren Volksschichten auf schwerste belastenden Fleischnoterregungen liegt trotz aller rabulistischen Zeugungsversuche der agrarischen Presse in der absoluten Unzulänglichkeit der deutschen Viehproduktion im Verhältnis zum Bedarf der deutschen Bevölkerung. Allerdings hat, wenn man die früheren Viehbestände und die ermittelten Durchschnittsgewichte des Schlachtwiechs mit den jetzigen vergleicht, eine nicht unbeträchtliche Vermehrung der Viehproduktion stattgefunden; aber noch weit stärker ist der deutsche Fleischbedarf gestiegen, teils infolge der Bevölkerungszunahme — 1875 hatte Deutschland nur 42, heute hat es circa 58 Millionen Einwohner —, teils infolge der Zunahme des Fleischkonsums. Wie sich an allen Industriestaaten nachweisen läßt, erfolgt mit dem Uebergang vom Agrar- zum Industriestaat, mit der Zunahme der städtischen Bevölkerung zugleich in fast allen Schichten — vorzugsweise natürlich den wohlhabenden — eine Steigerung des Fleischverbrauchs.“

Die schriftstellersche Leiter der Zentrale für Viehverwertung lassen einfach die letzten Sätze fallen und schreiben:

„Jetzt zum erstenmal hat es der „Vorwärts“ gegenüber den rabulistischen Zeugungsversuchen der agrarischen Presse versucht, die absolute Unzulänglichkeit der deutschen Viehproduktion im Verhältnis zum Bedarfs der deutschen Bevölkerung“ zahlenmäßig zu beweisen. Er ist aber ehrlich genug, diesen „Beweis“ damit zu beginnen, daß er zugibt, daß, wenn man die früheren Viehbestände und die ermittelten Durchschnittsgewichte des Schlachtwiechs mit den jetzigen vergleicht, eine nicht unbeträchtliche Vermehrung der Viehproduktion stattgefunden hat.“

Dann unternimmt die Zentrale des Längeren und Weiteren nachzuweisen, daß nach den Viehzählungen von 1883—1900 nicht nur der deutsche Viehstand sich absolut, sondern auch relativ, d. h. pro Kopf der Bevölkerung berechnet, vermehrt hat — eine Tatsache, die wir gar nicht bestritten haben, sondern offen zugeben — und wendet sich darauf mit der ganzen Wucht ihrer eigenartigen Logik gegen unsere folgende Auslassung:

„Befolgt auch die Regierung die Praxis, durch Vieheinfuhrbeschränkungen die Agrarier vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, schon seit Jahrzehnten, so wurden doch früher die Abwehrmaßnahmen weniger streng durchgeführt, und die Schlachtwiechimporte aus den Nachbarländern lieferten daher zu der deutschen Viehproduktion nicht nur eine beträchtliche Ergänzung, sondern übten auch auf die deutschen Marktpreise einen gewissen Druck, so daß diese sich nur bis zu gewissem Grade über den Preisstand in den Nachbarländern zu erheben vermochten. In 1878 zum Beispiel führte Deutschland 207 700 Ochsen, Stiere und Kühe, 996 141 Schweine und 804 315 Schafe ein; 1903 trotz seiner um 13 Millionen Köpfe größeren Bevölkerung nur 221 493 Ochsen, Stiere und Kühe, 75 511 Schweine und 1702 Schafe. Die Einfuhr von Rindvieh ist heute nur aus Oesterreich-Ungarn, aus der Schweiz und Dänemark gestattet, und aus diesen auch nur über bestimmte Grenzstationen unter bestimmten Quarantänevorschriften und zur sofortigen Abschachtung in öffentlichen Schlachthöfen. Und die Einfuhr von Schweinen ist gänzlich verboten bis auf circa 70 000 Stück, die unter gewissen Quoten zu baldiger Abschachtung in Oberschlesien eingeführt werden dürfen.“

Auch in bezug auf diese Notiz vermag die „Zentrale“ nicht zu bestreiten, daß tatsächlich die genannten Einfuhrverbote und Beschränkungen bestehen, und ebensowenig, daß die angegebenen Zahlen richtig sind, nur meint sie, die Einfuhrzahlen von 1878 und 1903 könnten nicht miteinander verglichen werden.

„Wenn man“, schreibt sie, „diese Zahlen miteinander vergleicht, will es allerdings scheinen, als ob der „Vorwärts“ mit seiner Behauptung recht hätte, in Wirklichkeit liegt die Sache aber gänzlich anders, da die angeführten Zahlen aus dem Jahre 1878 sich durchaus nicht ohne weiteres den Zahlen aus dem Jahre 1903 gegenüberstellen lassen. Der Einfuhr z. B. von 207 700 Ochsen, Stieren und Kühen, 207 032 Stück Rindvieh, einschließlich Jungvieh und Kalbern, im Jahre 1878, wie sie allerdings durch die Statistik des deutschen Zollgebietes nachgewiesen wird, steht nämlich eine Ausfuhr aus diesem Gebiete in Höhe von 291 635 Stück Rindvieh gegenüber, so daß damals das deutsche Zollgebiet in bezug auf Rindvieh sogar einen Ausfuhrüberschuß von 24 583 Stück gehabt hat, und ähnlich liegt es bei den Schafen. Aber auch diese Zahlen ließen sich der Einfuhr. Ausfuhr von 1903 nur dann gegenüberstellen, wenn das damalige Zollgebiet mit dem jetzigen sich decken würde, was aber keinesfalls zutrifft, da damals Hamburg und Bremen und verschiedene, zumeist in der Nähe von Hamburg gelegene preussische Gebietsteile noch als Zollausland galten.“

Daran ist nur so viel richtig, daß sich allerdings das deutsche Zollausland von 1878 nicht ganz mit dem von 1903 deckt, also die Zahlen von 1878 und 1903 nur einen annähernd richtigen Vergleichswert haben. Dagegen widerlegt die Tatsache, daß 1878 die Viehausfuhr aus Deutschland weit stärker war, als sie jetzt ist, unsere Behauptung, daß früher durch die größeren Viehimporte ein stärkerer Druck auf die deutschen Marktpreise ausgeübt wurde, so daß diese sich nur bis zu gewissem Grade über den Preisstand in den Nachbarländern zu erheben vermochten, nicht in geringstem. Der Druck auf die Inlandpreise wurde doch nicht dadurch aufgehoben, daß Deutschland damals noch bedeutende Viehmengen ausfuhrte. Die damalige starke Viehausfuhr aus dem deutschen Zollausland beweist vielmehr nur, daß zu jener Zeit noch die deutsche Viehproduktion den inländischen Bedarf weit besser zu decken vermochte als heute, und zweitens, daß damals die Preise der deutschen Viehmärkte noch teilweise

unter den Auslandspreisen standen, während umgekehrt heute Deutschland die höchsten Viehpreise hat. Die von der Zentrale angeführten Zahlen beweisen also gerade das, was wir behaupten — wenigstens nach der gewöhnlichen Logik, wenn auch vielleicht nicht nach der agrarisch-infligierten.

Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft und „Vorussia“. In dem Leitartikel „Menschenopfer und Grubenkapitalismus“ der letzten Sonntagsnummer ist uns ein Versehen unterlaufen. Die Zeche „Vorussia“ gehört nicht der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, sondern marktscheidet nur mit deren Besitz. Der Irrtum ist dadurch entstanden, daß nach den Berichten über den „Unfallsfall“, die Rettungsapparate erst von der „Germania“ geholt werden mußten, diese Zeche aber zum Grubenbesitz der Gelsenkirchener Gesellschaft gehört.

Wir hätten, nachdem wir selbst inzwischen auf unseren Irrtum aufmerksam geworden sind, ohnehin diese Mitteilung gebracht, erhielten aber zum Ueberflus heute auch eine den prozeduralen Anforderungen nicht entsprechende Berichtigung der Direktion genannter Gesellschaft, in der sie uns offiziell mitteilt, daß sie nicht Eigentümerin der Zeche „Vorussia“ ist.

Die Zeche „Vorussia“ hat, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ mitteilt, schon manche Wandlung durchgemacht. 1856/57 wurde sie als Aktiengesellschaft gegründet, 1892 in eine Gewerkschaft (eingeteilt in 1000 Stuxe) umgewandelt. „Vorussia“ ist eine von den Zechen, die in der tollsten Gründerperiode (1870/73) aus dem Vollen wirtschafteten, ohne an die Zukunft zu denken. In den Jahren 1870/74 verlor „Vorussia“ jährlich 12—40 Proz. Dividende! Es wurde Raubbau getrieben, die nachfolgenden Besitzer waren die Geleintten. Von 1875—1891 sind überhaupt nur 8 Proz. Dividende zur Verteilung gelangt. Die Gewerkschaft „Vorussia“ zählte von 1892—1900 keine Ausbeute, von 1901—1904 zusammen 320 M. Ausbeute pro Ang. „Vorussia“ ist eine der Zechen, die trotz natürlicher günstiger Produktionsbedingungen (mehrere gute, fast ganz reine Flöze) dank dem unerträglichen Geldhunger der Gründer und Spekulantengrößen gründlich „verkauft“ wurden, wie der Bergmann jagt. Das Werk ist infolge der alten Mißwirtschaft mit so vielem Kapital belastet, daß die Selbstkosten inklusive Anleihezinßen 1904 pro Tonne 10,01 Mark ausmachten. Die Förderung 1904 betrug 157 937 Tonnen. Der Durchschnittslohn pro Schicht betrug 1904 von 4,36 auf 4,27 M., die Durchschnittsleistung des Arbeiters stieg pro Schicht von 0,67 auf 0,68 Tonnen. Es gibt keine Zeche im Revier Dortmund III, wo ein so kolossaler Arbeiterwechsel herrscht wie auf der „Musterzeche“ „Vorussia“. 1903 sind dort bei einer durchschnittlichen Belegschaft von 788 Mann angenommen 781, abgeteilt 859, auf 100 Arbeiter haben also 205 gewechselt!

Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft. Nachdem schon in den letzten Tagen die Aktien dieser Gesellschaft ihren Kurs um circa 30 Proz. gesteigert hatten, fand heute an der hiesigen Börse eine weitere Kurssteigerung um 20 Proz. statt. Die Ursachen der starken Nachfrage sind bisher noch nicht bekannt. Die gerüchtweise verlautet, steht eine Fusion dieser Gesellschaft mit einer anderen großen rheinisch-westfälischen Bergwerksgesellschaft bevor.

## Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, nachmittags (24. Juli): Ausflug mit Kindern nach Treptow, Jock's Restaurant, Köpenicker Landstraße 21. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht.  
Der Vorstand.

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen Lichtenbergs hielt am Montag, den 17. d. M., seine regelmäßige Versammlung ab. Herr Schriftsteller Baese hielt einen Vortrag über: „Bibel und Bibel“. Dem sehr interessanten und leicht verständlichen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion an. Darauf wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, daß die Einladungen zu den Versammlungen fortan per Handzettel, die im Freundes- und Bekanntenkreise weiter verteilt werden sollen, erfolgen, weil dadurch eine größere Agitation für den Verein ermöglicht werden kann. Abdank wurde beschloffen, am Montag, den 31. Juli, nochmals einen Ausflug zu machen. Treffpunkt: Berglanger Brücke. Abmarsch pünktlich 2 Uhr nachmittags nach Treptow.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg, Weiningerstr. 8: Vortrag über Knochenbrüche, Verrenkungen, Verstauchungen. Nachher praktische Übungen. Neue Mitglieder können noch eintreten. Einlaßfreibei 25 Pf., Remittenzbeitrag 25 Pf.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. D. Hamburg), Filiale Rummelsburg. Sonnabend, den 22. Juli, abends 8½ Uhr, bei Gust Tempel, Boghagen, Ecke der Reuen Bahnhofsstraße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung in Hamburg.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Kalau-Ludau. Ortsverein Berlin. Donnerstag, 20. abends 8½ Uhr, findet bei Weidmann, Grünstr. 21, unsere ardentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kasienbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. 5. Verschiedenes. Wegen der wichtigen Tagesordnung bitten wir alle Mitglieder pünktlich zu erscheinen. Gütliche haben Zutritt.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher-gesellschaften. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 20. Juli, abends 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Zentralverband der Freicuregeschäften Deutschlands. Zweigverein Niddari. Donnerstag, den 20. Juli, abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinerstr. 14: Mitgliederversammlung.

Zentralverband der Konditoreen, Nischelbäckerei Berlin. Donnerstag, den 20. Juli, abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Halbjahres-Generalversammlung. Mitgliedsbuch vorgelegt.  
Die Lokalverwaltung.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 bis 9½ Uhr statt. Gedruckt: abends 7 Uhr.

W. A. 100. 1. Reim: Die Voraussetzungen der Wahlberechtigung müssen während der Offenlegung der Liste vorliegen. 2. Ja. 3. Die Erhebung und Voraussetzung zur Erhebung des Bürgerrechtsgeldes hängt von arbeitsrechtlichen Vorschriften ab, deren Wortlaut sie auf dem dortigen Magistratsbureau oder im dortigen Amtsblatt ersehen können. — W. A. 101. Sind Sie Erbe Ihres Vaters geworden — das ist der Fall, wenn Sie nicht innerhalb 6 Wochen der Erbschaft in öffentlich beglaubigter Form einjagt haben — so hatten Sie für die Schulden. Aber der Gemeinde stellt nach zutreffender, vom Reichsgericht gebilligter Rechtsauffassung in Preußen ein Antrag auf Erlass der gebührenden Amolten nicht zu. Lassen Sie es auf einen Prozeß ankommen. — W. A. 102. Leider ist Ihre Mutter krankenkränzlich. Alter, Anglistische Entzündung von der Steierpflicht nicht. Es kann aber die Gemeindebehörde unter Berücksichtigung der Krankheit usw. in besonderen Fällen von der Erhebung Abstand nehmen. — W. A. 103. Etwa je 1350 000 Mann. Das Gewauer finden Sie in der von deutschen Generalstab herausgegebenen Geschichte des Krieges. — W. A. 104. Die Angabe des Wertes des Vermögens bei Erteilung eines Inkassos erfolgt zur Vermeidung der gerichtlichen Kosten (für Aufwahrung, Erhaltung, Protokollierung usw.), ist aber für die Gültigkeit des Testaments völlig unerheblich. Ob das Vermögen sich vermehrt oder vermindert, ist für die Einsetzung des Erbens gleichgültig, der Erbe wird, im Gegensatz zum Legatar, nicht auf eine bestimmte Summe, sondern auf den Nachlaß oder eine Quote dieses Nachlasses eingesezt. Für Testament vom Jahre 1895 ist also auch gültig, wenn die Vermögensgegenstände im Ein Grund zu einer Veränderung liegt nicht vor, da für Anderes Gültigkeit die ununterbrochene gegenwärtige Erbenhaftung des Testaments ist. — W. A. 105. Ja. 2. Reim: Die ununterbrochene gegenwärtige Erbenhaftung des Testaments ist. — W. A. 106. Ja. 2. Reim: Die ununterbrochene gegenwärtige Erbenhaftung des Testaments ist.

Knobloch. Wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes beginnt, hat den Beginn des Gewerbetriebs (in Berlin bei der Verwaltung der direkten Steuern, sonst in Preußen bei dem Gemeindevorstand) anzugeben. Ob das Gewerbe mit oder ohne Gehilfen betrieben wird, verhält sich nicht. — W. A. 107. 1. Däpens vom Gewerbe wegen Gewerbesteuer kann jederzeit erteilt werden, wird insbesondere ohne Zustimmung des Kreisverwaltungsorgans erteilt. 2. Reim. — C. T. 15. Sie möchten baldmöglichst mitteilen, daß Sie nicht einverstanden sind. Eine bestimmte

Recht besteht nicht. — S. 13. Leider ist dieser Mangel kein Grund zur Kündigung. Sie könnten nur auf seine Beseitigung und Schadenersatz klagen. — R. M. 500. Wegen die Aufnahme in das Genossenschaftsregister können Sie binnen zwei Wochen nach der Ihnen zugegangenen Mitteilung Beschwerde einlegen. Die Beschwerde ist bei der unteren Verwaltungsbehörde (in Berlin beim Magistrat) einzulegen. Die Entscheidung wird dann vom Reichsgericht bestätigt. Die Aufnahme in das Genossenschaftsregister scheint nach Ihrer Darstellung den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen, die Beschwerde mithin ansichtslos zu sein. — R. M. Formulare zum Austritt aus der Landesliste erhalten Sie in der Buchhandlung Bornhörs und bei Hoffmann, Blumenstr. 14. Innerhalb vier bis sechs Wochen nach Einreichung Ihres schriftlichen Austrittsantrages haben Sie ohne Vorladung Ihren Austritt auf dem Amtsgericht zu Protokoll zu erklären. Die Austrittsanmeldung ist an das Gericht (Amtsgericht Berlin I, Genslerstraße), nicht an irgend eine städtische Behörde zu senden. Das Gericht fest die städtischen Organe nach Eingang des schriftlichen Antrages und nach erfolgtem Austritt in Kenntnis. — S. 2. 300. 1. Pa. 2. Reht. — R. M. 101. 1. Nach der Berliner Hundesteuerordnung steht es beim Ankauf eines Hundes so: Geht ein steuerpflichtiger Hund in das Eigentum eines anderen Besitzers über, so kann der frühere Besitzer die für denselben erteilte Steuerzahlung und Steuerkarte mit an den neuen Eigentümer übertragen. In diesem Falle ist der neue Eigentümer nicht zur nochmaligen Besteuerung des erworbenen Hundes verpflichtet, hat jedoch die ihm überlassene Steuerzahlung bei der Steuerbehörde binnen 14 Tagen vorzulegen. Behält der frühere Besitzer die Steuerkarte zurück, so muß der neue Eigentümer den Hund nochmals versteuern. Auf Grund der zurückgelassenen Steuerzahlung und Steuerkarte kann dann der alte Hundebesitzer einen anderen Hund sich anschaffen, ohne diesen für das betreffende Halbjahr versteuern zu müssen. 2. Pa. — R. M. 101. 1. und 3. Reht. 2. Militärpapiere und Geburtsurkunde ist erforderlich. — D. Pa. — Unglücksfall. Daß der Arzt höchst schuldig gebandelt und daß durch diese Fahrlässigkeit Ihre Frau um ihr Augenlicht gekommen ist, müßte von Ihnen bewiesen werden. Dieser Beweis ist recht schwierig. Lehnen Sie die

Bezahlung der Liquidation ab, treten dann in dem Prozeß den Beweis für die Fahrlässigkeit des Arztes an und erheben eventuell im Wege der Widerklage Schadenersatzansprüche. Von einer Drohung mit einer Strafanzeige ist abzuraten; insbesondere dann kann solche als Erpressung erachtet werden, wenn sie mit dem Anspruch auf Schadenersatz verbunden wird. Wollen Sie Strafanzug stellen, so steht Ihnen dies ohne vorherige Benachrichtigung des Betroffenen frei. — R. M. 17. Mit einem Schadenersatzanspruch würden Sie schwerlich durchdringen. — S. G. 05. Soweit Ihre Schlichtung erlösen läßt, liegt ein ungültiges Testament vor. Welches neue Gesetz von 1901 Sie meinen, ist nicht ersichtlich. — Schlichter. 1. Reht. 2. Der Lehrling kann ohne weiteres fortgehen. Wären ihm Sachen einbehalten, so hätte sein gesetzlicher Vertreter auf Rückgabe zu klagen. 3. Reht. — R. M. 11. Neue Schönhaferstraße. Reht. — S. 7. Die Steuer von 600—900 M. wird nicht erhoben. Daber ist der zur Steuerstufe von 600—900 M. eingeklassifizierte Berliner auch dann wahlberechtigt, wenn er Steuern nicht bezahlt hat. — R. 20. 1. Pa. 2. Reht. 3. Sie können auf Rückgabe klagen. — S. 8. 77. Die Ehefrau könnte nicht gegen den Möbelhändler mit Anspruch auf Erfolg klagen, sondern nur gegen ihren Ehemann auf Unterhalt, Beschaffung von Möbeln usw. — R. 8. 7. Reht. — 3 II. Der gesamte Nachlaß gehört dem als Erben Eingeklassif. auch wenn der Wert des Vermögens falsch angegeben ist. — R. 8. 80. Die Finsen für die letzten fünf Jahre haben Sie nachzuweisen. — R. 2. 50. 1. Reht. 2. Pa. 3. und 4. Reht. — C. 2. 52. 1. Reht. 2. Das Anabergquartal ist zu zahlen und ist gezahlt. 3. Eine Eingabe an das Kriegsministerium ist zulässig, hat aber wenig Aussicht auf Erfolg. — R. 7. 170 M. — G. M. 13a. Zuständig sind mehrere Gewerbegebiete: 1. das, in dessen Bezirk die städtische Verpflichtung zu erfüllen ist, also in dessen Bezirk die Arbeit zu verrichten ist; 2. das, in dessen Bezirk sich die gewerbliche Niederlassung, also der ständige Gewerbebetrieb des Arbeitgebers befindet; 3. das, in dessen Bezirk beide Parteien ihren Wohnsitz haben; 4. endlich ist für Binnenverkehr noch das Gericht des Heimatortes, von dem aus die Schiffsahrt mit dem Schiffe betrieben wird, zuständig. Der Kläger hat die Wahl

welches von den hiernach zuständigen Gewerbegerichten er wählen will. Ihre Anfrage läßt nicht erkennen, wie der Sachverhalt liegt, und deshalb auch nicht, welches Gewerbegericht zuständig ist. Das Gewerbegericht Berlin gilt nicht für die Bezirke. Diese haben ein eigenes Gewerbegericht. — R. M. 10 800. Sie können nur auf Beseitigung des Mangels klagen. — R. 2. 63. Sie müßten bei der Behörde nochmals anfragen oder sich bei der ihr vorgelegten Behörde beschweren. War Ihr Vater nicht aus dem preussischen Staatsverbanne abgedrungen, so sind Sie noch Preusse. Diesem erfordert die auf Auslieferung über diesen Punkt gerichteten Recherchen längere Zeit. — G. E. 8. 1. Reine. 2. Reht. 3. § 116 B. G. B. ist maßgebend („Arbeiterrecht“ S. 159). — R. 55. 1. Das Mädchen soll sich an den Arbeitgeber wenden, eventuell ihn verklagen. 2. Die Steuern für das letzte Jahr müssen bezahlt sein. — G. 8. 68. Der Hundebesitzer ist in vollem Umfang schadenersatzpflichtig. Zuständig ist das Amtsgericht Rixdorf, wenn der Schaden 300 M. nicht übersteigt, sonst das Landgericht II. Strafanzüge ist an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin II, Alt-Moabit 11/12, zu richten. Es scheint Ihnen auf Menschen und vorläufige Körperverletzung vorzuliegen. Die Kosten eines Zivilprozesses und Beleidigungsprozesses trägt der Unterliegende. Der Antragsteller in einem Strafprozeß hat nur dann die Kosten zu tragen, wenn er grob-fahrlässige Anzeige erstattet hat. — S. 75. 1. Die Polizeibehörde ist zuständig. 2. Reht. — Erbchaft. 1. Pa. 2. u. 3. Reht. — Adolf Kummelburg. Reichlichen Stoff für Debatten an Fallenden bietet Ihnen die Erörterung einzelner Tagesereignisse vom Gesichtspunkt der Grundzüge und der Taktik der Partei aus. Treffliches Material bietet Ihnen z. B. die „Neue Welt“. Wichtiger als das Vorlesen ist der Versuch, daß von einer Seite aus referiert und dann über die Materie debattiert werde. Welche Bücher oder Broschüren zum Vorlesen und zur Diskussion zu empfehlen sind, hängt von dem Grade der Aufklärung der in Betracht kommenden Genossen ab. Kaufsich Broschüren und aus jüngster Zeit die Nummern 41 und 42 der „Neuen Welt“ sowie die Broschüre von Holand-Doll über Generalstreik und Sozialdemokratie geben reiche Anregungen zur Diskussion.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, den 20. Juli.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Operntheater.** Aufstehen von Miss Isadora Duncan.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Geisha.

**Schiller O.** (Wollner-Theater.)  
Der Postillon von Lonjumeau.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmshöhliches Theater.) Hofmann.  
Weiten. Jung-Heidelberg.  
Lustspielhaus. Arris-Port.  
Carl Weiß. Lehmanns Abenteuer.  
Welle-Milance. Ben Ali Ben.  
Reichshallen. Lustspiel. Doktor Junghänel.

**Urania.** Taubenstr. 48/49.  
Tierleben in der Wildnis.  
Invalidentheater. Aufstehen von Miss Isadora Duncan.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Geisha.

**Neues kgl. Opern-Theater.**  
Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr.  
Einmaliges Auftreten von Miss Isadora Duncan und ihren Schwestern zum Besten der Freien Tanzschule im Grunewald. Freitag: Gastspiel Thäa Doré: Carmen. Sonnabend: Fledermaus. Sonntag: Gastsp. Thäa Doré: Carmen. Montag: Barbier von Sevilla.

**Metropol-Theater**  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 256. Male:  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Apollo-Theater.**  
10 Uhr  
Stürmisches ununterbrochenes Lachen! Der Gipfel der Komik! Ein Abend in einem Vorher 8 Uhr:  
die grandiosen Juli-Spezialitäten von Hochzeitsabend Paul Lincke. Umgr. schattig. Sommergart. Konzert.

**Ostbahn-Park.**  
Am Kastrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

**Reichshallen.**  
Gastspiel d. berühmten Oskar Junghänel mit seiner vorzüglichen Herren-Gesellschaft Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Dienstag, 1. Aug.: Wiederbeginn der Konzerte der Steffler Sänger.

**Urania** Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
Tierleben in der Wildnis.  
**Sternwarte** Invalidentheater. Aufstehen von Miss Isadora Duncan.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Geisha.

**P. GASTAN'S PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 155.  
Neu!! Admiral Togos Besuch bei Admiral Roschjostowsky im Hospital zu Kioto!  
Neu! Elitekapelle „Berolina“.  
Lebende Photographien!

**Passage-Panopticum.**  
Die Sensation der Saison:  
**Der Riese Machnow**  
der größte Mensch, der je gelebt hat. Ohne Extra-Entree. Neu! Zum erstenmal in Europa:  
**Der lebende Eismensch**  
aus dem nördlichsten Kanada. Ohne Extra-Entree.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachm. 5 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert**  
Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Größter Erfolg der Saison!  
**Lehmanns Abenteuer**  
auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz. Anf. 8 Uhr. Vorher dieselbe Vorstellung im Sommergarten:  
Neues großartiges Juli-Programm.  
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf. Sonnabend: Gr. Sommernachtsfest.

**Otto Pritzows Abnormitäten-Ausstellung**  
Münzstr. 16.  
Neu ! ! ! ! ! Neu  
**? Mne-Mno-Mni ! ?**  
frei in der Luft fliegende Türkin  
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.  
Neu renoviert! Neu renoviert!

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Heute: Gr. Elftotng. Lustspiel der Schiltdänzerin Magdalena.  
Wiederum Die Loreley und das großartige Juli-Programm. Am Saale: Gr. Elite-Ball. Anf. 4 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde. Gr. romantisch. Ausstattungsspektakel. Neue Dekorationen und Kostüme. Eine schreckliche Nacht. Große Pantomime der Sultanin Wolkes Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde. Gr. romantisch. Ausstattungsspektakel. Neue Dekorationen und Kostüme. Eine schreckliche Nacht. Große Pantomime der Sultanin Wolkes Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wollner-Theater.) Kroll-Oper.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Büchel.  
Der Postillon von Lonjumeau.  
Som. Oper in 3 Akten v. Adolt Adam.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Die verkaufte Braut.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Populäre Vorstell. bei halben Preisen:  
**Die Zaubervögel.**  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Kroll-Oper.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Hofganz.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Lillo v. Krofta.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Hofganz.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Hofganz.**  
Im Garten täglich:  
**Großes Militär-Konzert.**

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15.  
Religiöse Leistung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Fernsprecher IV. 8891.  
Max Kllem.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/79.  
Direkt an der Ringbahnstation.  
Oh schön! Täglich Oh Regen!  
im herrlichen Garten oder Saal:  
**Konzert und Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlins.  
40 Sensations-Nummern.  
Entree Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

**Neue Welt** Arnold Scholz  
Hasenheide 108/114  
Donnerstag, den 20. Juli 1905: Elite-Tag und Sommerfest d. Vereins Berliner Weißbierwirte  
**Doppel-Konzert**  
ausgeführt von der Regimentskapelle des Garde-Füßler-Regiments unter persönlicher Leitung des Hpt. Stabskapellmeisters H. Dippel und der Hauskapelle, Dir. Berthold Botho.

**Monster-Feuerwerk**  
des Pyrotechnikers A. Bock.  
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue, großartige Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Inhaber von Passpartouts zahlen 25 Pfennig pro Person nach.

**Schweizer-Garten.**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Volksbelustigungen.  
Jeden Abend 10 Uhr:  
Der Fluch des Goldes.  
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.  
Jeden Mittwoch: Kinderfest mit Gratisvorstellung.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhäuser Allee Nr. 118.  
Täglich:  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
20 Attraktionen 1. Ranges. Dazu:  
Arbeit schändet nicht.  
Volksstück mit Gesang in drei Akten.  
Am Saale: Gr. Tanz.  
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Speerich 50 Pf.

**Es kommt der Tod**  
Sicher jeder Wange der Erinnerung von Reichels verstärktem Wanzentraub. Sicherstes Spezialmittel der Welt! Tötet jede Brut vollständig. Pl. 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. Der Teufel holt alle Schwaben mit der Brut bei Berührung mit Reichels Schwabepulver „Poudre Martial“ 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. Nur echt und garantiert wirksam mit Marke „Tod u. Teufel“. Sprühhäpchen 50 Pf. erhältlich in den Drogerien, wo Plakate mit „Tod u. Teufel“ und bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Lieferant für Armee u. Marine. Fernspr. Amt IV 640, 2190, 4502.

**Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.**  
(Eingeführ. Hilfskassa Nr. 20. Hamburg) Filiale Berlin 6.  
Sonnabend, den 22. Juli, in Noacks Theater, Brunnenstraße 16:  
**Großes Sommerfest.**  
Eröffnung nachmittags 3 Uhr.  
Billets a 30 Pf. sind in den Hauptstellen zu haben, an der Kasse a 40 Pf. Gebläbende sowie Veranmeldung fallen an diesem Sonnabend aus. 906  
Nächste Versammlung:  
Sonnabend, den 29. Juli, abends 9 Uhr, bei Wiosenthal, Ritterstraße 123.  
Die Ortsverwaltung.

**Etablissement Buggenhagen**  
Horitzplatz.  
Täglich  
im großen schattigen Garten:  
**Streich-Konzert.**  
Ricardo Munez.  
Bei ungenügendem Wetter im Saal.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Auf vielseitigen Wunsch!  
Nur einmalige Wiederholung!  
**Mathilde**  
oder: Ein deutsches Frauchenberg.  
Schauspiel in 4 Akten v. R. Benedix.  
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.  
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängers.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

**Paul Schwarz' Sommer-Theater**  
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.  
Täglich: Konzert.  
Große Spezialitätenvorstellung.  
Das großartige Juli-Programm.  
Anfang 5 Uhr.  
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

**Ost-Kasino**  
Frankfurter Allee 106.  
Säle für Vereine, Versammlungen usw.  
37618\*  
Karl Pirnau.

**Dr. Simmel,** Prinzenstr. 41.  
Spezialarzt für 15/11\*  
**Haut- und Haarleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Krankenunterstützungs- und Begräbnisverein gewerbl. Arbeiter.**  
Sonnabend, den 22. Juli d. J., abends 8 1/2 Uhr, im „Dreiecker Garten“, Tredeberstr. 45:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Gerstmann (Vorstand des Arbeiter-Schwimmvereins) über: „Beweisener“.  
2. Kassenericht für 2. Quartal 1905.  
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.  
4. Verschiedenes. 200/17  
Damen und Herren als Gäste willkommen. Genossen, welche gewillt sind, sich einer zweiten Krankenkasse (Zulassung), nicht Schwindelkasse, anzuschließen, erfahren Näheres beim Vorsitzenden Friedr. Froudenreich, S. 69, Wilhelmstr. 17 III, oder beim Kassierer Bruno Gröblicher, Staligerstraße 29.

Nach beendeter Saison  
**Ausnahmepreis!**  
**Reichgesteckte Portieren**  
abgepaßt  
Die komplette Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.) in Viktoriatuch . 5<sup>25</sup> (Wert 8,50) in schwerer Wollserge 5<sup>85</sup> (Wert 10,50) in Plüsch . . . 10<sup>50</sup> (Wert 16,00)  
Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.

**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Pracht-Katalog ca. 600 Abbild. gratis u. franko.  
Extra billig! div. Teppiche mit kleinen 8814.\*  
Webefehlern!

**Raucht Vineta No. 8**  
beste 2 Pf.-Zigarette!  
3695L\*



### Partei-Angelegenheiten.

#### Die Stichwahl im Kreise Oberbarnim

findet am Freitag, den 21. Juli, statt. Der Kreis ist auf die tatkräftigste Hilfe der Berliner Genossen angewiesen, namentlich für den Wahltag. Wir bitten deshalb die Berliner Genossen, auch am Stichwahltag den Kreis durch rege Mitarbeit zu unterstützen. Diejenigen Arbeiter, die in Berlin und den Vororten arbeiten, aber in Oberbarnim wohnen, bitten wir dringend, ihr Stimmrecht am Wahltag auszuüben. Trotz der vielfachen Aufforderung haben bei der Hauptwahl viele dieser Arbeiter nicht gewählt. Sie dürfen wenigstens bei der Stichwahl nicht fehlen. Parteigenossen, die der polnischen Sprache mächtig sind und am Freitag, den 21. Juli, an den Wahlarbeiten teilnehmen wollen, werden ersucht, sich bei dem Genossen Liesegang, Liebigstraße 7, im Konsumverein zu melden.

### Berliner Nachrichten.

#### Wird allein tut's nicht!

Waret ihr in diesen Tagen der Sommerhitze schon einmal drauhen auf einem unserer Friedhöfe? Nicht?! Nun, dann geht hinaus und seht euch an, welche fürchterliche Ernte der Tod jetzt unter den Kindern hält.

Aber ihr müht euch nicht einen von den Friedhöfen der Kirchengemeinden des vornehmen Berlin-West auszuheben, dort würdet ihr nicht viel frische Kindergräber finden. Wenn ihr sehen wollt, wo das große Kindersterben herrscht, so müht ihr hinauszuwandern zu den Friedhöfen der Kirchengemeinden der Arbeiterviertel. Da reißt jetzt in den Kinderabteilungen sich Hügel an Hügel, einer zum andern, Tag für Tag.

Das ist nicht neu? Nein, wirklich nicht! Alljährlich, wenn der Sommer kommt, vollzieht sich vor unseren Augen daselbe traurige Schauspiel. Immer wieder drängt dem Friedhofsbesucher, der im Juli oder August durch die langen Reihen der frisch aufgeschlagenen Kindergräber hindurchgeht, sich die alte Wahrheit auf, daß ein großer Teil der Proletarierkinder nur geboren wird, um baldigst wieder zu sterben.

Doch es scheint, daß es mit einem Male nicht mehr wahr sein soll. In bürgerlichen Kreisen begehen wir eine Kotig über „Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“, die mit den Sägen schließt: „Die Durchführung der großen Säuglingssterblichkeit auf soziale Ebene ist, wie die Statistik zeigt, falsch. Sie ist in wohlhabenden Kreisen ebenso groß, wie in anderen.“ Nun weiß man's. Wenn es „die Statistik zeigt“, so ist nicht daran zu rütteln. Der Verfasser der Kotig hat nur vergessen, seinerseits zu zeigen, inwiefern das „die Statistik zeigt“. Unseres Wissens hat die Statistik bisher immer das Gegenteil gezeigt, immer den Beweis erbracht, daß in der ärmeren Bevölkerung ein viel höherer Anteil der neugeborenen Kinder noch im ersten Lebensjahre wegstirbt als bei den Reichen.

Die Versicherung, daß die Durchführung der großen Säuglingssterblichkeit auf soziale Ebene „falsch“ sei, deckt sich mit Ansichten, denen in neuerer Zeit die bürgerliche Klasse in der öffentlichen Diskussion der Maßregeln zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit Geltung zu verschaffen sucht. Früher galt es überall als feststehende Wahrheit, daß mit der entsetzlichen Höhe der Säuglingssterblichkeit, wie man sie in manchen Großstädten und ihren von Arbeitern bewohnten Vororten findet, das soziale Elend in ursächlichem Zusammenhang steht, die wirtschaftliche Not, unter der die Arbeiterbevölkerung leidet. Auch in bürgerlichen Kreisen erkannte man, daß zu einem wirklich erfolgreichen Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit der Versuch einer Beseitigung dieser Ursache gemacht werden müßte — ein Versuch, zu dem freilich die bürgerliche Klasse selber, trotz aller Erkenntnis des Notwendigen, sich deshalb nicht herbeilassen wollte und konnte, weil eben niemand den Ast abzägen mag, auf dem er selber sitzt. Doch in neuerer Zeit hat man entdeckt, daß es eine Reihe kleiner Mittel gibt, mit denen sich im Kampf gegen das Säuglingssterben doch auch manches erreichen läßt. Man empfiehlt den Müttern, die Kinder mit der Brust zu füttern oder, wo das nicht möglich ist, ihnen nur beste Kuhmilch zu geben. Ganz armen Müttern liefert man die Milch umsonst. Man sorgt für Verbreitung besserer Kenntnis der Kinderpflege, man schafft öffentliche Fürsorgeeinrichtungen, die unentgeltlich Rat geben usw. Und das „soziale Elend“ als Ursache des großen Säuglingssterbens ist abgetan.

Man verstehe uns hier nicht falsch! Auch wir halten es für richtig, daß die Mütter womöglich ihre Kinder selber stillen, auch wir wünschen, daß da, wo das Stillen mit der Brust nicht angeht, den Kindern wenigstens nur Kuhmilch einwandfreier Qualität gereicht werden könnte. Auch wir haben oft genug die Notwendigkeit betont, den Kindern sorgsamste Pflege angedeihen zu lassen. Aber wir verwahren uns gegen den von bürgerlicher Seite verbreiteten Irrtum oder Schwundel, daß mit solchen Mitteln nun schon die Hauptsache getan sei. Will man und doch erzählen, daß schon jetzt die legendären Folgen dieser Kleinarbeit zu spüren seien. Die junge „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ — dieselbe, der man nachgesagt hat, daß sie der Milchzentrale freundlich gesinnt sei — hat schon in ihrem Bericht über ihr erstes Arbeitsjahr die naive-lede Behauptung aufgestellt, dank ihrer energischen Tätigkeit seien im letzten Sommer in Berlin relativ günstige Sterblichkeitsverhältnisse erreicht worden. Und auch über die Milchzentrale selber ist von der agrarischen Presse wiederholt das Märchen erzählt worden, daß durch sie die Kindersterblichkeit in Berlin bereits herabgemindert worden sei — ein Verdienst, das übrigens schon vor einem Jahrzehnt auch Klingelbolle in seinen Geschäftsreklamen für sich beansprucht hat.

Wir glauben und fürchten, daß trotz all der kleinen Mittel, die jetzt gegen die Säuglingssterblichkeit angewandt werden, die Höhe der Säuglingssterblichkeit leider auch in den nächsten Jahren noch keine sehr wesentliche Verminderung erfahren wird. Nach wie vor wird, wenn der Sommer kommt, der Tod fürchterliche Ernte unter dem Wachstum des Proletariats halten, wird auf den Friedhöfen der Kirchengemeinden mit Arbeiterbevölkerung sich ein Kindergrab an das andere reißen. So wird es bleiben, bis das große Mittel angewandt wird, von dem wir die Befreiung alles sozialen Elends erwarten, bis der Sozialismus die Arbeiterklasse befreit aus Armut und Not.

Eine Veränderung von Strafen, verbunden mit einem Zuwachs an Neubauten, erfährt Berlin im äußersten Nordosten dicht vor Weihensee. An der Greifswalder- und Danzigerstraße befinden sich bisher acht große Lagerplätze. Diese wurden von einer großen Terraingesellschaft zum Zweck der Bebauung angekauft. Hierdurch entsteht von der Wina- nach der Greifswalder-, parallel mit der Danziger-, eine neue Straße. Zugleich wird die Winastraße, die bisher nur bis zur Greifswalderstraße lief, bis zur Danzigerstraße

durchgeführt. Das große Viertel ist bis jetzt noch nach allen Seiten frei, wird aber demnächst mit einer großen Anzahl von neuen Häusern besetzt sein. Begonnen wird an der Ecke der Greifswalder- und der neu angelegten Straße.

Der Direktor der städtischen Straßenreinigung, Schlosky, hat um seine Pensionierung nachgedacht, die ihm wegen seines Alters und seiner Entlohnung be willigt worden ist. Direktor Schlosky verzieht indessen, soweit es möglich ist, noch vorläufig den Dienst.

Der pensionierte Direktor war ein früherer Offizier. Bei der Bekamten Vorliebe der unentwegt freisinnigen Stadtverwaltung für das Militär dürfte wohl auch der künftige Straßenreinigungsdirektor der „Blüte der Nation“ entnommen werden.

Im Plänterwald ist am Spreeufer der seit langem geplante Bau der Uferbefestigung nun in Angriff genommen worden. Die Bauausführung hat sich verzögert, weil dabei Rücksicht zu nehmen war auf die Lage der Zweigleise der Uferbahn des Teltowkanals, die hinter Baumshuldenweg den Südostzipfel des Plänterwaldes durchschneidet. Die Uferbefestigung wird sich vom Tierhaus Stromaufwärts zum Kanalübergang erstrecken, das sind reichlich anderthalb Kilometer. Das Ufer, das hier zahlreiche Einbuchtungen hat, erhält bei dieser Gelegenheit eine regelmäßige Einlinienführung. Die alte, der Bevölkerung von Berlin-Südost lieb gewordene Spreepromenade, die sich am Ufer hinzieht, wird dadurch manches von ihrem ursprünglichen Reiz verlieren. Dafür wird aber dieser stark begangene, arg zertretene Uferpfad, auf dem an schönen Sonntagen viele Tausende verkehren, zu einem festen, möglichst staubfreien Weg umgewandelt.

Die Waffen des Milchkrieges bestehen hauptsächlich darin, daß jede der kriegführenden Parteien die Milch des Gegners schlecht macht. Die Milchzentrale hat die Milchhändler der Planitzerei beschuldigt; die Milchhändler haben mit dem Wortwurde geantwortet, daß schon in den Ställen der Milchbauern geplatzt werde; und nun muß auch die in letzter Zeit viel genannte „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“, deren Warnung vor der dänischen Milch von den Milchhändlern als Parteimahne für die Milchzentrale angesehen worden ist, dran glauben.

Diese Gesellschaft hat, wie sie verkündet, sich die Aufgabe gestellt, den Müttern die Beschaffung einwandfreier Säuglingsmilch zu erleichtern. Sie steht in Verbindung mit einer Anzahl Berliner Molkereien, die sie den Konsumenten empfiehlt. Nun ist, wie in der Generalversammlung des Vereins Berliner Milchpächter“ mitgeteilt wurde, von unbedeutender Seite eine Enquete veranstaltet worden, um die Qualität der von der Gesellschaft empfohlenen Säuglingsmilch festzustellen. Das Ergebnis soll keineswegs günstig gewesen sein. Die Untersuchung der Milch aus zahlreichen Kuhställen soll gezeigt haben, daß die von der Gesellschaft selber aufgestellte Forderung, die Milch sofort nach dem Melken stark abzufüllen, durchaus nicht immer erfüllt wird. Auch die Zahl der Bakterien soll stellenweise sehr hoch und andererseits der Fettgehalt mehrfach nur gering gewesen sein.

Wir sind nicht in der Lage, diese Mitteilungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Offenlich wird die „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ es nicht unterlassen, baldigst zu antworten. Bei all diesen Vorwürfen und Beschuldigungen, die die Parteien und Parteigänger des Milchkrieges gegen einander erheben, müssen wir immer wieder auf unsere Forderung zurückkommen, daß Milchproduktion und Milchvertrieb als öffentliche Aufgabe betrachtet und der Gewinn für den privaten Unternehmer entzogen werden. So lange das aber nicht zu erreichen ist, sollten Staat und Stadt es als ihre Pflicht ansehen, durch Schaffung einer strengen Kontrolle die Möglichkeit einer Benachteiligung und Gefährdung des Konsumenten auf ein Mindestmaß zu verringern.

Die Stadt Berlin könnte in der Milchfrage ein gewichtiges Wort mitsprechen, wenn sie, wie oft vorgeschlagen worden ist, Milchproduktion in großem Maße treiben wollte. Aber für solche Unternehmungen sind unsere freisinnigen nicht zu haben, weil sie an dem Grundsatz festhalten, daß der private Unternehmer nicht in seinem Profit beschränkt werden darf.

Krankenhausnot und Säuglingsfürsorge. Trotz aller offiziellen Lob- und Beschwichtigungsreden begegnet kaum ein Tag, an dem nicht die chronische Berliner Krankenhausnot, insbesondere die Ueberfüllung der Abteilungen für Säuglinge, offenbar wird. Am Dienstag hat sich in der Wärsch ein Vorgang ereignet, der diese Zustände in ihrer ganzen Tragheit erkennen läßt.

Dort fand sich ein Mann ein, der einen an Dacmatarrh leidenden Säugling auf dem Arme trug. Er bat um Aufnahme des Kindes und fügte hinzu, daß er von nachmittags 1 Uhr ab mit dem Säugling unterwegs und von Krankenhaus zu Krankenhaus gewandert sei. Ueberall habe er vergebens angeknöpft, da die Abteilungen für Säuglinge überfüllt gewesen seien. Außerdem liege die Mutter des Kindes auf dem Krankenlager und könne ihm nicht die rechte Pflege angedeihen lassen, und er selbst müsse seinen Berufspflichten nachkommen, um für den Unterhalt sorgen zu können. — Die Aufnahmewärterin schloß dieses Mittel mit dem ziemlich erschöpften Besen, so daß sie sofort für Nahrung sorgte. Während dieser Zeit verschwand der Vater, der den Glauben haben mochte, daß er auch hier eine Abweilung erfahren würde. Seinen Namen hat er nicht genannt, so daß der Säugling als „unbekannt“ geführt wird. Dem verzweifeltsten Mütter ist dieses Verhalten wohl kaum zu verargen, da er ja das Kind in guten Händen wußte.

„Pferdebesitzer“. Ein äußerst raffinierter Pferdeschwindel, dem ein hiesiger Rittmeister zum Opfer gefallen ist, beschäftigt gegenwärtig die Kriminalpolizei. Am Freitag erschien in den Stallungen des Rittmeisters ein elegant gekleideter Herr, der sich als ein Fabrikbesitzer aus Reinickendorf ausgab. Er ersuchte den Wirtschen, ihm die beiden Schimmel des Rittmeisters zu zeigen, da er, der angebliche Fabrikbesitzer, die Pferde für einen Herrn A. in der Schumannstraße zu kaufen gedenke. Der Handel kam denn auch schließlich dahin zustande, daß für das Doppelpaar zwei prächtige Schimmel, die einen Wert von 6000 M. repräsentieren, 3800 M. gezahlt werden sollten. Am Sonnabend nachmittags fand sich der Fremde wieder bei dem Stallwirtschen, der von dem Rittmeister, der zurzeit außerhals weiß, Vollmacht erhalten hatte, ein und handigte diesem vier Wechsel zu je 1000 M. sowie einen Schuldschein ein. Die Wechsel waren mit dem Akzept des A. versehen. Der angebliche Fabrikbesitzer gab nun dem Wirtschen des Rittmeisters die Anweisung, die Wechsel in einem hiesigen Bankhaus, in dem der Akzeptant ein Konto habe, einzulösen. Als der Wirtschen die Papiere in dem Bankhaus präsentierte, stellte es sich heraus, daß ein Gutglauben des A. dort gar nicht existierte. Als nun der Wirtschen nach dem Stall zurückkehrte, waren die wertvollen Pferde daraus verschwunden; der angebliche Fabrikbesitzer hatte die Tiere während der Abwesenheit des Stallwirtschen weggeführt. Vor dem Ankauf der beiden Tiere sei dringend gewarnt. Es handelt sich um zwei jährige ungarische Wallachs und zwar um einen weißen bzw. blauen Apfelschimmel. Der erstere weist eine Anschwellung des oberen Sprunggelenkes auf.

Untersuchungen in einer Militärkapelle. Die Angehörigen der Militärkapelle des 4. Garderegiments sind, wie das „V.“ mitteilt, durch Unterschlagung eines Kollegen schwer geschädigt worden. Wie wohl bei vielen Musikkapellen, so bestand auch beim 4. Garderegiment die Einrichtung, daß die einzelnen Musiker ihre Extrapartie einem der älteren Hoboisisten abliefern, der sie auf Sparfassenbächer anzulegen hatte. Bei der hier in Frage kommenden Kapelle hatten einzelne Mitglieder nach und nach Beiträge in Höhe von 600 bis 800 M., die Extrapartie vieler Jahre, eingezahlt, und die Gesamtsumme dieser Extrapartie belief sich auf 18 000 M. Einer der Sparer hatte erst kürzlich von seinem 900 M. Betragenden Guthaben 300 M. abgehoben und diese seinen Eltern

geschickt. Alles schien in bester Ordnung zu sein, bis vor einigen Tagen ein als Vertausenmann fungierender Hoboist, der die Sparbeiträge zu hinterlegen hatte, plötzlich verschwand und war. Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Sparbeiträge unterschlagen und in eigenen Interesse von dem Hütigen verwandt worden waren. Soweit sich jetzt ermittelt ist, hat der ungetreue Hoboist in Kennwette große Beträge verloren.

Wegen Verhaftung der Genidstarr wurde heute das vierjährige Mädchen Efriede Ott aus der Hermannstr. 47 zu Nizdorf einem Krankenhaus überwiefen.

Entsetzlich verhängt wurde ein Selbstmörder, der sich gestern Abend vor dem Zuge 1968 um 11 Uhr 48 Minuten auf dem Bahnhof Alexanderplatz überfahren ließ. Vom Baumshuldenweg war ein junger Mann mitgefahren, der auf dem Alexanderplatz nach der Seite der Gleise ausstieg, an dem Zug entlang ging und sich vor die Maschine legte. Hier hat er in der Erwartung des sicheren Todes etwa 2 Minuten gelegen, bis der Zug nach dem Bahnhof Vörde weiterfuhr. Der Maschinist merkte zu spät, daß er einen Mann überfahren hatte. Außer anderen Verletzungen waren der Kopf und die Arme vom Kumpf getrennt. Aus einer halben Radfahrerkarte konnte der Name Richard Reizow, 1917 geboren festgestellt werden. Reizow war ein Händler und wohnte in Baumshuldenweg. Eine Veranlassung zu der graufigen Tat ist nicht bekannt.

Dem Treiben des Händlerrings bei Zwangsversteigerungen soll durch eine Reorganisation des Versteigerungswesens entgegengetreten werden. Es wird beabsichtigt, die Zwangsversteigerungen nach Ablauf des Vertrages mit dem gegenwärtigen Pächter der Pfandkammer nach den großen Stellräumen des neuen Landgerichtsbauwerks an der Neuen Friedrichstraße zu verlegen. Die Einlieferung der zu versteigernden Gegenstände soll innerhalb einer bestimmten Zeit vor der Auktion erfolgen, während es jetzt häufig passiert, daß zum festgesetzten Versteigerungstermin die gepfändeten Gegenstände noch gar nicht in die Pfandkammer eingeliefert sind. Der Vorteil für Schuldner und Gläubiger soll darin bestehen, daß das Publikum zu den Auktionen weit mehr Vertrauen haben würde, als dies bisher der Fall ist, und sich infolgedessen auch viel mehr beim Bieten beteiligen würde. Das ist nun eine sehr bescheidene Reform, die den skandalösen Profitten des Händlerrings wohl keinen merklichen Abbruch tun dürfte.

Die Regulierung der Behmstraße am Ringbahnhof Gesundbrunnen, die erst beendet sein muß, ehe die Steinmüllerbrücke („Millionenbrücke“) dem Verkehr übergeben werden kann, ist jetzt bis zum Beginn der vorläufigen Pflasterung des Fahrweges fortgeschritten. Die Ausschüttung der gewaltigen Rampen, für die Tausende von Kubikmeter Erde herangeschafft werden mußten, hat allein mehrere Monate erfordert.

Neue Fornsprechbestimmungen. Ueber den Fernsprekdienst sind mit dem fortschreitenden Ausbau dieses jüngsten Zweiges des Verkehrsnetzes wieder eine Reihe von neuen Bestimmungen erlassen, von denen insbesondere die folgenden von allgemeinem Interesse sind. Es können jetzt auch Fallscheiben angebracht werden. Für die Ueberlastung und Instandhaltung einer solchen ist eine Gebühr von 3 M. jährlich zu erheben. Wird im Anschluß an die Fallscheibe die Einrichtung einer Weckeranlage gewünscht, so sind die Kosten für die Lieferung, Anbringung und Instandhaltung des Weckers, der Batterie und der Zimmerleitung von dem Teilnehmer zu tragen. Die Anbringungskosten sind nach den Vorschriften unter III zu berechnen. Die Gegenstände — mit Ausnahme der Fallscheibe — gehen in das Eigentum des Teilnehmers über; eine laufende Gebühr ist für die in Fallscheiben angeschlossenen Wecker nicht zu erheben. Für die in Anwachsstellen-Apparaten gehörenden zweiten Wecker ist die Gebühr nicht zu erheben. Werden zweite oder mehrere Wecker oder zweite Mikrophone beantragt, so geschieht die Anbringung kostenfrei, wenn die Arbeiten in die Bauabschnitte fallen oder gelegentlich anderer Arbeiten mit ausgeführt werden können. Wünscht der Teilnehmer die Anbringung des Weckers oder Mikrophons zu einer bestimmten Zeit, ohne daß einer dieser beiden Fälle zutrifft, so ist zur Deckung der Mehrkosten eine Vergütung einzuziehen. Als Selbstkosten der Beschaffung von besonderen Weckern anderer als der gebräuchlichen Art sind die Preise anzusetzen, die vertragmäßig gezahlt werden. Für die Anbringung solcher Wecker wird neben den Beschaffungskosten und den vorgeschriebenen General- und Nebenunkosten eine feste Vergütung von 4 M. eingezogen.

Für Reisende mit Hunden. Die Eisenbahndirektion hat eine Verfügung erlassen, welche für Reisende, die in Begleitung von Hunden die dafür vorgesehenen Wagenabteile benutzen, von großer Bedeutung ist. Danach sollen alle Wagenabteile, welche für Reisende mit Hunden reserviert sind, ein Plakat erhalten, auf welchem angegeben wird, daß Reisende, welche ohne Hunde im sogenannten Hunde-Coups Platz genommen haben, dieses verlassen müssen, sofern noch jemand mit einem Hunde hingekommen und ihren Platz in Anspruch nehmen will. — Der Zweck dieser Maßnahme soll in erster Linie sein, daß Hundebesitzer nicht gezwungen werden, in andere als die reservierten Wagenabteile einzusteigen, was bisher häufig zu unangenehmen Anläß gab, weil andere Mitreisende sich durch die Hunde belästigt fühlten.

Woher kommen die acht Kindersekte? Was alles in Eisenbahnhöfen bergeressen werden kann, zeigt folgender etwas recht krasser Fall. Bei der letzten Versteigerung im Eisenbahnhöfenbureau auf dem Schlessischen Bahnhof wurden u. a. auch — acht Kindersekte, die ein Passagier im Coups hatte stehen lassen, zum Verkauf angeboten. Es waren Kindersekte von verschiedenem Alter, die zu wissenschaftlichen Zwecken präpariert waren und nach den angebotenen einzelnen Jahreszahlen aus dem Anfange des vorigen Jahrhunderts stammten. Ein Herr C. hatte die Sekte bei der Versteigerung erstanden und sie dann wiederum auf dem Wege des Interats zum Verkauf angeboten. Dies hatte die ungeahnte Folge, daß sich über die Herkunft der acht Sekte alle möglichen Gerüchte verbreiteten. Die wunderbaren Märchen, die die Köpfe phantastischer Nachbarn bereits zusammengedichtet hatten, dürften durch diese harmlose Aufklärung wohl zu nichte geworden.

Von einem schwerbeladenen Bierwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern in der lebenden Wendstunde eine etwa 60jährige Greisin. Sie wollte an der Ecke der Perleberger- und der Wäckerstraße den Fahrweg überqueren, geriet mit ihrer Kleidung in die Stadtrinne des schweren Gefährts, wurde zu Boden gerissen und das Hinterbein der Bedauernswerten so unglücklich über den rechten Hinterbein, daß dieser vollständig gerammt wurde. Schwerverletzt wurde die Greisin nach dem Krankenhaus Moabit gebracht.

Ein Substanzkreis. Dienstag nachmittags erschien bei dem Wäbelpolizier Georg Kroll in der Schönebergstraße in N 5 p e n i d eine Deputation der Wäbelpolizier einer in Berlin domizilierten Firma mit einem Krone und Widmungsschleife, um der Verdrigung des Käpender Kollegen beizuwohnen und ihm die letzte Ehre zu erweisen. Als die Deputierten das Trauerhaus betraten, gab es bei ihnen ein allgemeines Staunen. Ebenso groß war dies in der Familie des Herrn, als die schwarz gekleideten Kollegen mit dem Kiefenkranz die Wohnung betraten. Als die Deputierten sahen, daß die „later“ Kollege sich fidel und munter inmitten seiner Familie befand, glaubten sie kaum ihren Augen zu trauen. Nachdem sich die Deputation von ihrem „Schrecken“ erholt hatte, zog sie sich unter vielen Entschuldigungen zurück. Den Kranz behielt der Totgegläubte als „Andenken“ für sich.

Die ganze Affäre härtete sich dahin auf, daß ein bis jetzt noch unbekannt gebliebener Mensch an die Wäbelpolizier der Firma Kroll, bei der Kroll beschäftigt ist, von Käpender aus einem mit Trauerband versehenen Brief schrieb, in welchem der Vater den Tod seines Sohnes Georg mitteilt mit dem Bemerkten, daß am 18. Juli

Die Verurteilung stattfindet. Die Folge davon war, daß die Kollegen die Arbeit verließen, um ihrer Kollegenpflicht zu genügen. Der gesamte Betrieb der betreffenden Firma hat, wie man uns berichtet, an diesem Tage stillgestanden. Die Handlungsweise des Briefschreibers geht denn doch über einen schlechten Scherz weit hinaus und dürfte, falls der Dube ermittelt wird, schlimme Folgen haben.

Der Anflug, Obstreife achtlos fortzuwerfen, hat gestern Abend wieder ein Opfer gefordert. Die Frau des Portiers Klein aus der Potsdamerstraße passierte die Steglitzerstraße, trat auf einen Klirrlern, glitt aus und stürzte so unglücklich zu Boden, daß sie das rechte Bein brach. Der Zustand der Verunglückten ist so bedenklich, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus Bethanien erfolgen mußte.

Erstunken aufgefunden wurde in Grünau am Wasser im Jagd 92 ein schlanker etwa 38 Jahre alter Mann mit länglichem Gesicht, einer hohen Stirn und einem Grübchen im Sinn. Er trug einen dunklen Jacketanzug aus Gehobot. Die Persönlichkeit hat sich noch nicht ermitteln lassen.

In die Falle gegangen ist der 28 Jahre alte „Schlosser“ Max Häbner, der erst im April d. J. eine vierjährige Zuchthausstrafe in Waldheim verbüßt hatte. Er staltete der in der Griebenowstraße belegenen Wohnung eines verheirateten Polizeiwachmeisters einen Besuch ab und verpachte die ausgewählten Gegenstände zu mehreren Paleten, um sie in der nächsten Abendstunde abzuholen. Der Polizeiwachmeister hatte aber eine Hausbewohnerin mit der Ueberwachung der verlassenen Wohnung betraut; die Frau fand die verdächtigen Palette und setzte die Polizei in Kenntnis. Als Häbner abends um 9 Uhr mit seinem „Handwerkzeug“ die Wohnung öffnete, wurde er sehr freundlich empfangen und sofort nach dem Polizeipräsidium „eingeladen“. Zwei Freunde, die bei dem Fortschaffen der Beute behilflich sein sollten und auf der Straße warteten, merkten den „Reinfall“ und entflohen. Häbner will natürlich seine Komplizen nicht nennen.

Ein vielseitiger Mann ist ein Häfling Sch., der am Mittwochmorgen in der Münzstraße festgenommen wurde. Zwei Kriminalbeamten fiel er auf, als er sich auf einem neuen Fahrrad durch die Münzstraße bewegte. Er gab zuerst an, das Rad von seiner Mutter erhalten zu haben. Dann stellte sich heraus, daß er aus Rummelsburg entsprungen war, das Rad in Potsdam gestohlen hatte und auf ihm nach Berlin gefahren war, um es zu verkaufen. Ueberdies führte er noch zwei verschiedene falsche Ausweispapiere bei sich.

Feuerbericht. Wegen eines Teerbrandes wurde heute früh um 6 Uhr die Feuerwehr nach der Brunnenstr. 111 gerufen. Milch brannte in der Vintenstr. 214 und Preklohlen in der Friedrichstraße 129.

## Vorort - Nachrichten.

### Schöneberg.

Die Verurteilung eines braven Parteigenossen hat unserer Hochwohlwollenden Polizei wieder einmal Anlaß gegeben, von sich reden zu machen. Am Mittwoch wurde der Zimmerer Karl Sommer auf dem Friedhof in der Maxstraße zu Grabe getragen. Selbstverständlich hatten es sich die zahlreichen Kameraden und Parteigenossen nicht nehmen lassen, ihrem Freunde das letzte Geleit zu geben. Am Grabe wollte Kollege Obst dem so plötzlich im besten Mannesalter Dahingefahrenen einige Abschiedsworte nachrufen, während ein Gesangsverein einige ernste Lieder vorzutragen gedachte, aber beide Teile hatten die Rechnung ohne unsere allfürsorgende Polizei gemacht; sie verbot kurzerhand Ansprache und Gesang. Zwei Schulkleute überwachten am Grabe die Durchführung dieses Verbots und wichen nicht eher, bis der letzte Teilnehmer die Totenstätte verlassen hatte. Die roten Kranzschleifen jedoch scheinen eine erregende Wirkung, wie seinerzeit beim Begräbnis des Genossen Weiling, diesmal nicht hervorgerufen zu haben. Nach einer Begründung sucht man vergebens.

Der Verstorbenen ist in keiner Weise hervorgetreten, in aller Stille hat er seine politischen Pflichten erfüllt, die ihm schon allein ein bleibendes Gedenken sichern.

Große Aufregung rief ein schwerer Unglücksfall hervor, der sich gestern nachmittags in der Goltzstraße abspielte. Die 55 Jahre alte Frau des Arbeiters Lohse, Brunnenw. 95, hatte das Goltzstr. 9 belegene Milchgeschäft von Wengelsdorf verlassen und erreichte in dem Augenblick die Vorbachelle des Bürgersteiges, als der 70 jährige bekannte Berliner Professor L. auf seinem Rade vorüberfuhr. Infolge eines Windstoßes slog ein Teilchen ihrer Schürze zwischen die Speichen des Rades, das zugleich das Kleid erfasste, und im nächsten Moment wurde Frau L. mit derartigem Gewalt zu Boden gerissen, daß sie mit dem Kopf auf die Gleise der Straßenbahn stürzte und aus einer großen Wunde heftig blutend bestimmungslos liegen blieb. Entschlossen sprang plötzlich ein junger Arbeiter hinzu und rief die Bedrohte noch dicht vor einem herankommenden Straßenbahnwagen von dem Gleis herunter. Ein allgemeines Bravo belohnte den Lebensretter für seine Hlertschrotendheit. Die Verunglückte wurde nach dem in der Nähe wohnenden Arzt Dr. Mendelsohn gebracht, wo Verletzungen am Kopf, an der Hüfte und an der linken Schulter festgestellt wurden. Professor L., der keinesfalls in schnellem Tempo geradelt war, kam bei dem Sturze ohne Verletzungen davon. Er erbot sich sofort, für alle Schäden, die die Arbeiterfrau erlitten, aufzukommen.

Das neue Theater, dessen Bau, wie bereits gemeldet, von den städtischen Körperschaften endgültig beschlossen worden ist, soll nach dem Muster des Prinz-Regenten-Theaters zu München errichtet werden; das heißt, es soll ein großes Parterre und möglichst wenig Ränge enthalten. Es sind 1200 Stühle vorgesehen worden, während Stehplätze ganz fortbleiben. Die Baukosten sind auf 1 250 000 M. veranschlagt worden, und zwar steht diese Summe bereits zur Verfügung. Mit dem Bau wird voraussichtlich noch in diesem Jahre begonnen werden, da die Eröffnung des Theaters, wenn irgend möglich, am 1. Oktober 1906 stattfinden soll.

### Adlershof.

Ein Fort ohne Feuerwehr ist noch immer der Ort Adlershof. Als Folge des bekannten Konflikt bei der Wahl des Oberführers der freiwilligen Feuerwehr wurde dieser Wehr vom Amtsvorsteher die Eigenschaft als polizeiliches Hilfsorgan aberkannt und die Benutzung der Löschgeräte untersagt; die Wehr wurde also vollständig ausgehakt. Im Interesse der Sicherheit des Ortes hatte die freiwillige Feuerwehr dann nachgegeben; auf den nicht-bestaftigten Oberführer Luhe wurde verzichtet und an den Landrat ein Gesuch gerichtet, er möge die freiwillige Feuerwehr wieder in ihre alten Rechte einsetzen, da sonst der Vorort Adlershof einer Feuergefahr schuldig gegenüberstände. Dieses Schreiben, das auf Veranlassung der „Friedenskommission“ unter dem Vorsteh der Gemeindevorsteher abgehandelt war, ist bis heute unbeantwortet geblieben und liegt gegenwärtig im Ministerium des Innern, von dem zurzeit Erhebungen über die Adlershofer Verhältnisse angestellt werden sollen. In Adlershof aber erwartet man schließlich die Bestätigung der freiwilligen Feuerwehr, denn einen anderen Schutz vor Feuergefahr hat der Ort gar nicht aufzuweisen. Die Verhältnisse liegen jetzt also so, daß bei einem großen Brande in Adlershof die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr eine Gefährdung übertragung begehen, wenn sie zu den Spritzen eilen und Hilfe bringen. Diese Uebertragung werden sie selbstverständlich vorkommendenfalls ohne Verlangen begehen, aber es wäre im Interesse der Adlershofer Einwohner doch dringend zu wünschen, daß durch einen umgehenden Beschluß auf das Gesuch der freiwilligen Feuerwehr wieder geordnete Feuerwehrverhältnisse in Adlershof geschaffen werden.

### Rixdorf.

Einem dreifachen Diebsturben hat die Rixdorer Kriminalpolizei gestern das Handwerk gelegt. Kürzlich wurde in der verlassenen Schlafstube des Wärdersmeisters Jahnigen, Hermannstr. 47, allen Befehlen aus den Adressen sämtliches bare Geld gestohlen. Gestern gelang es der Polizei, den Eindrehen in der Person des erst

16 jährigen „Arbeitsburschen“ Richard Hennig zu ermitteln und festzunehmen. Der Bursche war durch das Fenster in die Schlafstube eingedrungen und entfernte sich, nachdem er die Diebstahle ausgeführt hatte, auf demselben Wege, auf dem er gekommen war.

### Ober-Schöneweide.

Freunde des Schwimmsports werden auf eine am Mittwoch, den 26. d. M., bei Rausholt stattfindende Versammlung hingewiesen, die sich mit der Gründung eines Arbeiter-Schwimmvereins befassen will.

### Friedrichsfelde.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich in erster Linie mit dem zu erlassenden C. Statut, die Kanalisationsbeiträge betreffend. Beschlossen wird, bei einer Gesamtlänge des Straßennetzes von den Grundbesitzern pro laufenden Meter ihrer Grundstücksfront 25 M. zu erheben. Beitragspflichtig sind die Eigentümer aller derjenigen Grundstücke, gleichviel ob letztere bebaut sind oder nicht, die an Straßen grenzen, in welche zum Zwecke des Anschlusses der Grundstücke an die Kanalisationsanlage Rohrleitungen gelegt worden sind. Die Beiträge sind acht Tage nach Fertigstellung des anschlussfähigen Kanalisationsrohres vor dem betreffenden Grundstück zu zahlen. Ratenzahlungen bis zur Dauer von zwei Jahren können bewilligt werden nach Anhörung der Kanalisationskommission. In der vorangegangenen Diskussion wollten einige Hausbesitzer den Preis pro Meter auf 20 M. herabsenken, andere wieder wollten es in das Belieben der betreffenden Besitzer stellen, wenn sie zahlen; auf keinen Fall sollten diese armen Besitzer gezwungen sein, der betreffenden Kommission ihre Vermögensverhältnisse anzulegen. Natürlich wurden diese Änderungen abgelehnt. Eine Anregung unseres Genossen Pinfeler, 20 M. pro laufenden Meter zu erheben, fand auch keine Gnade. — Punkt 2 betraf die Gebührenordnung, welche nach einer ganz kurzen Debatte einstimmig genehmigt wurde. Beide Ordnungen treten mit dem 1. April 1906 in Kraft. — Einstimmig beschloß man die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 1 500 000 M. zur Durchführung der Kanalisation. — An der Karlsdorfer Schule wird eine etatsmäßige Hauptlehrerstelle an Stelle der jetzigen provisorischen bewilligt. — Da die Gemeinde das Rieselgut Münchhofe selbst bewirtschaftet, wurden der für die Verwaltung desselben eingewählten Kommission für bereits gemachte Anschaffungen 15 000 M. bewilligt und für noch notwendig werdende Ausgaben weitere 15 000 M. zur Verfügung gestellt.

Unter Mitteilungen hörte man wieder etwas Neues vom Oberamtmann Ring. Als Oberhaupt der Viehzentrale hatte Herr Ring seinerzeit bei dem Antrage wegen Entloshung des Oberfeldes die Garantie für die Interessenbeiträge übernommen. Am 1. Mai sollten sämtliche Beiträge an die Gemeinde bezahlt sein. Herr Ring beschwerte sich schon im Frühjahr beim Gemeindevorsteher darüber, daß die Entwässerungsarbeiten noch nicht begonnen hätten. Trotzdem zahlte die Viehzentrale erst vor kurzem ihren Anteil, blieb aber noch 10 047,10 M. schuldig, entfallend auf die Pöhlischen Erben, die schon früher erklärt hatten, nicht zu zahlen. Diesen Restbetrag möchte nun die Viehzentrale ohne weiteres zahlen. Statt dessen macht dieselbe durch Herrn Ring den Vorschlag, der Gemeinde Friedrichsfelde ein zinsfreies Darlehen in obiger Höhe zu geben, die Gemeinde solle dann später bei einer event. Bebauung von den Adjazenten die Anleihebeiträge einziehen. Mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen für die Gesellschaft wurde dieses Ansuchen abgelehnt. — In geheimer Sitzung wurde ein Antrag der Gemeinden Rixdorf und Rummelsburg beraten, ein Beschluß aber nicht gefaßt.

## Gerichts-Zeitung.

In dem großen Eindrehen- und Hehlerprozess, über den wir dieser Tage berichtet, wurde gestern das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt: Reijegast wegen einfachen Diebstahls in sechs und schweren Diebstahls in zwölf Fällen und zwar im straffschärfenden Rückfalle zu 8 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht, Rai zu 6 Monaten Gefängnis, Wadau zu 3 Monaten, Klauke wegen Rückfallebstahls in zehn Fällen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, Dräger zu 9 Monaten, Blümel zu 9 Monaten Gefängnis, Starowitsch wegen gewerbmäßiger Hehlerei zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, Schaefer zu 9 Monaten, Willy Preuß wegen einfacher Hehlerei zu 9 Monaten Gefängnis, Hermann Preuß wegen gewerbmäßiger Hehlerei zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und Polizeiaufsicht, Löwy zu 9 Monaten Gefängnis, Pfafke zu 2 Jahren Zuchthaus, Dieckfeldt zu 1 Jahr Gefängnis bezüglich, die Angeklagte Barth zu 3 Tagen Gefängnis wegen einfacher Hehlerei. Der Angeklagte Szilinski wurde freigesprochen, ebenso der wegen Hehlerei angeklagte Gastwirt Wenzel. Gegen Ludwig wurde das Verfahren einstweilen abgetrennt, gegen Hildebrandt wurde das Verfahren eingestellt. Auf die erkannten Strafen wurden den Angeklagten bis zu drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. Ferner beschloß der Gerichtshof, den Angeklagten Ludwig gegen Stellung einer Kaution von 5000 Mark aus der Haft zu entlassen. Einzelne der Angeklagten erklärten sich bereit, die Strafe anzutreten.

Ein schlecht bekommenes Abenteuer. Am Bahnhof Friedrichstraße war die Geschichte passiert, welche eine unangenehme Anlage gegen die Frau Marta A., die Gemahlin eines hiesigen Geschäftsreisenden, zur Folge hatte, die gestern das Schöffengericht I beschäftigte. Frau A. ist etwa Mitte der dreißiger Jahre alt und eine ziemlich stattliche Persönlichkeit. Sie ist seit längeren Jahren verheiratet und Mutter von drei Kindern. Trotzdem findet sie in ihrer Ehe nicht das volle Glück und die Zufriedenheit, die sie sich so sehr wünscht herbeiwünschte. Der „Herr Gemahl“ vernachlässigte sie in der schlimmsten Weise, woran zum Teil sein Beruf als Geschäftsreisender Schuld trug. Es war deshalb kein Wunder, daß das lebenslustige Frauchen allein auf Abenteuer ausging. Kaum war ihr Mann unter Tücherhaken und Tränenströmen im Schnellzuge davongefahren, da war der Trennungsschmerz auch schon wieder über. Die lebenslustige „Strohwitwe“ begann nun, sich nach Möglichkeit zu amüsieren und nahm es wohl manchmal auch nicht mit der ehelichen Treue allzu genau. Eines Abends ging Frau A. besonders abenteuerlustig durch die Friedrichstraße. Wenn irgend ein männliches Wesen ihr entgegenkam, das besonders ihr Wohlgefallen erregte, so leuchteten ihre Augen blühend und vielversprechend auf. So begegnete ihr am Bahnhof Friedrichstraße ein netter junger Mann, der sich für diese vielversprechenden Blicke besonders interessierte. Da der Betreffende aber zu schüchtern war, sie anzusprechen, ermunterte sie ihn erst und sprach ihn dann selbst an. Die Unterhaltung war bald im Gange. Frau A. glaubte das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden zu können. Sie forderte von dem jungen Mann als Äquivalent für ihre angenehme Gesellschaft ein kleines Geschenk, ob in bar oder in Form eines Wertgegenstandes wäre ihr gleichgültig. Die verliebte Strohwitwe belam in demselben Moment einen Schreck, der ihr in die Glieder fuhr. Mit dem verbindlichsten Nicken stellte sie der „nette junge Mann“ als Kriminalbeamter vor und zwar von der Sittenpolizei, der nun seinerseits auch um Angabe des Namens der „Strohwitwe“ bat. Für diese hatte das kleine Abenteuer ein unangenehmes Nachspiel in Form eines amtlicher Strafbefehls über drei Tage Haft wegen gewerbmäßiger Unzucht. Um sich von den drei Tagen „Barium“ zu befreien, legte die Verurteilte unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Karl Löwenthal Verurteilung ein. Dieser bat vor Gericht, die Reingefallene, die nur in einer momentanen Verwirrung gehandelt habe, nicht zu hart anzufassen. Das Schöffengericht ermäßigte die Strafe auf einen Tag Haft.

Eine ganz erhebliche Kostenherabsetzung mußte sich vom Gericht der frühere Bürgermeister Suchsland aus Lützenwalde, der in einem Prozeß gegen die „Brandenburger Zeitung“ als Nebenkläger aufgetreten war, gefallen lassen. Aus seiner Bürgermeistereizeit rührte noch der Prozeß her, der aber erst zur Verhand-

lung gelangte, als Suchsland in Lützenwalde nicht wieder gewählt war und sich nun in Halle a. S. als Rechtsanwalt niedergelassen hatte. Von dort aus erschien er als Nebenkläger persönlich zum Termin in Brandenburg a. H., zugleich aber auch als Rechtsanwalt, der in dieser Eigenschaft den ehemaligen Bürgermeister von Lützenwalde vertrat. Außerdem war er aber noch als Zeuge in dem Prozeß geladen, in welchem der Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ wegen Beleidigung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt wurde. Suchsland war nun der Ansicht, daß er als Nebenkläger auch für sich als Rechtsanwalt liquidieren könne und verlangte von dem Verurteilten 168 M. 64 Pf. Kosten. Dieser ließ die Kostenrechnung gerichtlich prüfen, mit dem Erfolg, daß sie auf 6 M. 30 Pf. herabgesetzt wurde, denn seine Zeugnisebühen hatte der Nebenkläger bereits erhalten. Von diesen 6 M. 30 Pf. muß er aber noch die mit 1 M. 80 Pf. festgesetzten Kosten für die Prüfung zahlen, so daß ihm 4 M. 50 Pf. von seiner Kostenrechnung verbleiben.

## Vermischtes.

Das letzte Sonntagsgewitter hat im Havellande und Kreise Rauch-Bezig, wie die jetzt aus vielen Orten eingehenden Hochwasserberichte erkennen lassen, ganz arg gehauet. In Hohenhausen wurde die Mülserische Windmühle durch Blitzschlag eingestürzt. In Görzke schlug der Blitz in eine Roggenmähle, als eben der Landarbeiter Hinfuhr, der darin Schuß gesucht hatte, dieselbe verlassen hatte. In den Flämingdörfern richteten das Wasser und der Hagel großen Schaden an, so daß die Ernte zum Teil vernichtet ist. Amietitz floß das Wasser auf den Landstrahlen der Plane zu. In Siegow traf ein Blitzstrahl die Kirche und zerstörte deren Dach. In Brandenburg a. H. traf ein Blitzstrahl das Zuchthaus, wodurch eine große Aufregung unter den Insassen entstand. Es war aber zum Glück ein sog. kalter Schlag. In Wiewersdorf bei Jüterbog wurde durch Blitzschlag das Wohnhaus des Gemeindevorstehers gänzlich eingestürzt.

Ueber eine schwere Schiffskollision wird aus Sahn vom 19. Juli berichtet: Gestern Abend kurz nach 10 Uhr stieß bei der Ausfahrt aus dem hiesigen Hafen das Torpedoboot S 65 mit dem von einer Abendsahrt zurückkehrenden Dampfer „Dars“ zusammen. Beide Schiffe erlitten schwere Beschädigungen. Menschen wurden nicht verletzt. Der am stärksten beschädigte Dampfer „Dars“ mußte auf Grund setzen und seine Passagiere ausbooten. Das Torpedoboot hat am Steben Beschädigungen erlitten, dürfte jedoch imstande sein, heute seine Fahrt fortzusetzen.

Aus dem Lande der Kultur und Humanität. Posen, 19. Juli. Die wegen Giftmordes, begangen an ihrem Ehemanne, verurteilte Pelagia Pawlak wurde heute morgen hingerichtet.

Ein Seitenstück zur Lemgoer Briefaffäre wird sich nunmehr vor der Hochmurer Strafammer abspielen. Ähnlich wie in Lemgo erhielten in Herne Frauen aus der ersten Gesellschaft anonyme Briefe von einer Person zugesandt, in denen heißender Spott seine Zügel schiefen ließ. Die Empfängerinnen mußten sich durch den Inhalt der Briefe schwer gekränkt fühlen. Von verschiedenen Seiten wurde Strafantrag gestellt. Nach dem Inhalt der Briefe war der Anonymus nur in der Gesellschaft zu suchen. Der Verdacht lenkte sich auf die Frau eines Beamten. Ein in der Sache angehängter Privatklageprozeß wurde verlagt bis zur Erledigung des eingeleiteten Strafverfahrens. Die anonymen Briefe wurden den Sachverständigen Dr. Loos-Düffeldorf und Dr. Jeserich-Berlin zur Prüfung und Abfassung eines Gutachtens vorgelegt.

Ueber Hitze in Nordamerika meldet ein Telegramm aus New York: Die Hitze, die sich über das Gebiet von den Rocky Mountains bis zum Atlantischen Ozean erstreckt, verursacht große Verluste. Fünzig Todesfälle infolge der Hitze ereigneten sich gestern in den Hauptstädten, wovon 23 allein auf New York entfielen.

Neu Personen ertrunken. Aus Nantes wird unterm 19. Juli telegraphiert: Gestern kenterte infolge eines heftigen Windstoßes auf der Loire ein Boot, in dem mehrere zur Kur in St. Brevin weilende Pariser Familien einen Ausflug unternommen hatten. Der Eigentümer des Bootes, ein Matrose sowie sämtliche acht Ausflügler ertranken; bisher konnten erst 5 Leichen geborgen werden.

Die Bergung der Leichen aus dem „Harcabel“. Die Bergung der Leichen, die sich in dem französischen Unterseeboot „Harcabel“ eingeschlossen befanden, hatte zunächst eingestellt werden müssen, weil die Gase aus den Maschinen des Schiffes zusammen mit dem eingedrungenen Seewasser eine Luft entwickelten, die zu atmen den Bergungsmannschaften vollständig unmöglich war. Erst nach gründlicher Ventilation gelang es, aber auch dann noch nicht ohne Schwierigkeiten, am 17. Juli die letzte Leiche zu entfernen. Die Arbeiten wurden durch den Maschinenführer des Unterseebootes „Corrigon“ geleitet. Um 2 Uhr morgens gelang es, die Tür, hinter der in hinteren Teile des Bootes die Leichen aufgehäuft lagen, zu erbrechen. Nachdem der Maschinenführer nur kurze Zeit in dem erbrochenen Raume war, wurde er durch die verpestete Luft ernstlich erkrankt. Das Bild, das sich den Bergungsmannschaften bot, war ein schauerliches. Man stieß zunächst auf acht Leichen, die übereinandergeworfen zwischen Maschinenteilen und Trümmern lagen. Eine neunte Leiche befand sich unter der hintersten Verfüllung der wasserdichten Abteilung. Sie war durch diese Tür so in zwei Hälften geteilt worden, daß der obere Teil des Körpers auf der einen und der untere Teil auf der anderen Seite der Tür lag. Eine zehnte Leiche lag am äußersten Ende des Bootes. Sie war wahrscheinlich diejenige des Mannes, der zur Zeit der Katastrophe dort auf seinem Posten stand. Die Leichen waren alle nackt. Die Reute hatten offenbar versucht, mit ihren Kleidern dem Eindringen des Wassers durch die entstehenden Ritze in der Hülle Einhalt zu tun. Das Schiff selbst ist nicht sehr beschädigt. Die Risse in der Hülle sind unbedeutend. Die Akkumulatoren, das Steuerrohr, der Motor und einige andere Maschinen haben dagegen stark gelitten.

Berliner Marktbreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidenten.) Roggen, gute Sorte, 1 Doppelcentner 0,00 ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 16,00 (15,50), mittel 15,10 (14,50), geringe 14,50 (13,60). Hafer, gute Sorte 16,20 (15,40), mittel 15,30 (14,50), geringe 14,40 (13,60). Weizen, drei Sorten und ab Bahn. Rindfleisch 4,65 (4,16). Schweinefleisch, weiß, zum Kochen 40,00 (30,00). Speckschinken, weiß 50,00 (30,00). Linsen 60,00 (30,00). Kartoffeln 12,00 (9,00). Rindfleisch, von der Seele, 1 Allogramm 1,80 (1,40). Schafschaf 1,40 (1,10). Schweinefleisch 1,80 (1,30). Kalbfleisch 2,20 (1,20). Hammelfleisch 1,80 (1,40). Butter 2,80 (2,20). Eier (60 Stück) 4,00 (2,80). Karren. 1 kg. 2,00 (1,40). Waale 3,00 (1,00). Bänder 3,50 (1,40). Dichte 2,80 (1,40). Barke 2,00 (1,00). Schlei 3,00 (1,20). Weie 1,60 (0,80). Krebse (60 Stück) 20,00 (3,00).

### Witterungsübersicht vom 19. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	755	SW	4	wollig	Saparanda	754	ONO	2	wollig
Damberg	758	SW	5	halb hb.	Seibersburg	757	W	1	wolkenl.
Berlin	757	SW	4	wollig	Scilly	758	W	1	bedeckt
Konstanz a. R.	765	SW	4	bedeckt	Aberdeen	766	SW	2	halb hb.
München	764	SW	6	wollig	Paris	763	NO	2	halb hb.
Wien	768	SW	4	bedeckt					

### Wetter-Prognose für Donnerstag, den 20. Juli 1905.

Ziemlich kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und kühlen nordwestlichen Winden.

### Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. Juli. Elbe bei Ruffig - 0,34 Meter, bei Dresden - 1,88 Meter, bei Ragdeburg + 0,74 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,10 Meter. — Döber bei Rathow + 1,00 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 4,86 Meter, bei Breslau Unter-Begel - 1,38 Meter, bei Frankfurt + 0,88 Meter. — Weichsel bei Grabenmünde + 2,44 Meter. — Warthe bei Posen 0,02 Meter. — Neve bei Uls + 0,40 Meter.